

Selbstständig älter werden im Quartier

Identifizierung von Handlungsbedarfen für eine
Anlaufstelle für ältere Menschen - Befunde einer Reihe
von Workshops in vier ausgewählten Göttinger
Stadtteilen

Förderung durch das Bundesprogramm des
Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend „Anlaufstellen für ältere Menschen“

Förderlinie Typ B: Entwicklung von fachübergreifenden
Handlungskonzepten

Göttingen, 18.8.2014

In Zusammenarbeit mit



Inhaltsverzeichnis

Einführung	5
Statistische Bestandsaufnahme - Bevölkerungsstruktur, Sozialdaten, altersgerechtes Wohnen und Pflege	7
Sozialraumbezogene Aktivitäten in den ausgewählten Stadtteilen	9
Leineberg	9
Grone-Süd.....	9
Weststadt	10
Holtenser Berg	10
Expertenworkshops als Mittel zur Bestandsaufnahme	12
Ergebnisdarstellung	14
Thema Wohnen	14
Bestandsaufnahme	14
Handlungsperspektiven	17
Thema Pflege/Gesundheit	17
Bestandsaufnahme Angebotsstruktur	17
Handlungsperspektiven	20
Thema Grundversorgung	21
Bestandsaufnahme	21
Handlungsperspektiven	23
Thema Lebensgestaltung und soziale Bezüge	25
Bestandsaufnahme	25
Handlungsperspektiven	30
Thema Mobilität	32
Bestandsaufnahme	32
Handlungsperspektiven	33
Seniorenpolitischer Ziel- und Maßnahmenkatalog	34
Vorschläge aus den Workshops	35
Thema Wohnen	35
Thema Pflege/Gesundheit	35
Thema Grundversorgung	36
Thema Lebensgestaltung und soziale Bezüge	37
Thema Mobilität	37
Themenübergreifende Leitlinien	38

Diskussion ausgewählter Handlungsfelder und Maßnahmen	39
Wohnungen und Wohnumfeld barrierearm gestalten	39
Privatwirtschaftliche Wohnungsunternehmen in die Pflicht nehmen	40
Verknüpfung von Pflege, Unterstützung und Wohnen: neue Modelle denken – erfolgreiche Modelle übertragen	40
Ankerpunkte schaffen	40
Informationslage verbessern – Zugänge zu bestehenden Angeboten eröffnen	41
Stadtteil- und Beteiligungsorientierung	41
Ausgeweitete Aktivitäten der Vernetzung und Fortsetzung des angestoßenen Prozesses	43
Fazit im Hinblick auf die Gestaltung von Anlaufstellen in den Quartieren	43
Literatur	45

Einführung

Der vorliegende Bericht bündelt die Erkenntnisse aus einer Reihe von vier Workshops, welche im Zeitraum von Februar bis Mai 2014 in ausgewählten Göttinger Stadtteilen zum Thema „Selbstständig älter werden im Quartier“ durchgeführt wurden.

Gefördert wurde die hier beschriebene Maßnahme im Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Anlaufstellen für ältere Menschen“. Im Rahmen der Förderlinie Typ B wurde die Entwicklung von fachübergreifenden Handlungskonzepten unterstützt, bei denen das Thema selbstständiges Wohnen im Alter ein wesentlicher Schwerpunkt war. Das BMFSFJ hat für 2015 ursprünglich angekündigt, dass die beteiligten Kommunen einen Antrag in der Förderlinie Typ A stellen können. Hier soll mit 20.000 bis 30.000 Euro die Umsetzung von Praxisprojekten gefördert werden, die aktive Nachbarschaften stärken und niedrigschwellige Hilfen, Informationsvermittlung und Beratung mit der Zielsetzung der selbstständigen Lebensführung älterer Menschen anbieten bzw. weiterentwickeln. Inwieweit das BMFSFJ für das Jahr 2015 tatsächlich entsprechende Mittel bereitstellen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar. Projektantragstellerin war die Stadt Göttingen; umgesetzt wurde die Maßnahme in Kooperation mit der Stelle Seniorenberatung/Pflegestützpunkt der Stadt Göttingen und dem Göttinger Institut Zoom – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V., das mit der Organisation, Durchführung, Dokumentation und Auswertung der Workshops betraut war.

Die im Antrag beschriebene Ausgangslage in der Stadt Göttingen ist davon geprägt, dass in Verbindung mit der allgemeinen demografischen Entwicklung spezifische Herausforderungen in der Versorgung älterer Menschen in Zukunft zunehmend erwartbar sind. Diese sollten im Rahmen der hier beschriebenen Maßnahmenumsetzung aufgegriffen werden. So ist der Trend zu Einpersonenhaushalten und eigener Kinderlosigkeit in der Universitätsstadt erkennbar, so dass im Falle von Unterstützungsbedarf zunehmend auf Netzwerke außerhalb der eigenen Familie zurückgegriffen werden muss. Dies, so die Ausgangsvermutung, stellt insbesondere in Wohnsiedlungen mit einem hohen Anteil an Geschosswohnbauten und einer gering ausgeprägten Infrastruktur, die zugleich auf eine alternde Bevölkerung trifft, eine Herausforderung dar. Mit einer Bestandsaufnahme in vier Stadtteilen und der Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs sollte exemplarisch die Situation in solchen Stadtteilen in den Blick genommen werden, die einen hohen Anteil an älteren Menschen generell, einem vermutet hohen Bedarf an pflegerischer und vorpflegerischer Unterstützung sowie einen hohen Anteil an älteren Menschen mit Migrationshintergrund aufweisen.

Zur Durchführung einer Bestandsaufnahme von Ressourcen und Handlungsbedarfen in diesen Stadtteilen wurden im Rahmen von Expertenworkshops Informationen zur Lebensqualität älterer Menschen in den Quartieren erhoben, um auf der Grundlage die bestehenden Konzepte und Bestandserhebungen der Stadt Göttingen¹ aktualisieren zu können und Hinweise für eine möglicherweise folgende Konzeption einer Anlaufstelle für ältere Menschen zu erarbeiten.

Im vorliegenden Bericht werden die Ergebnisse der Workshops dargestellt; ausgehend von den identifizierten Handlungsbedarfen werden die Vorschläge aus diesen Workshops in einem Maßnahmenkatalog zusammengefasst und stadtteilübergreifende seniorenpolitische Handlungs-

¹ Bestehende Bestandsaufnahmen fokussieren auf Demografie, Wohnen und Pflege (vgl. Stadt Göttingen 2008; Regionalverband Göttingen 2005).

felder für die Stadt Göttingen identifiziert. Die Ergebnisse können und sollen zum einen in den Stadtteilen, in der Verwaltung sowie im Rahmen politischer Gremien weitere Überlegungen zu Möglichkeiten der Verbesserung der Lebensqualität für ältere Menschen in ihren Stadtteilen und Quartieren unterstützen, aufbauend auf die in den letzten Jahren bereits erfolgreich entstandenen Strukturen. Zum anderen sollen sie auch für das gesamte Stadtgebiet eine Grundlage für eine Verständigung über zukünftige Prioritäten, notwendige Kooperationen und Umsetzungsschritte bieten. Dieser Bericht der Stadt Göttingen basiert auf einer Dokumentation und Ausarbeitung von Sandra Kotlenga und Barbara Nägele vom Institut Zoom.

Statistische Bestandsaufnahme - Bevölkerungsstruktur, Sozialdaten, altersgerechtes Wohnen und Pflege

Die demografischen Trends und Entwicklungen für das gesamte Stadtgebiet Göttingen wurden in dem Bestands- und Bedarfsbericht der Stadt Göttingen zur Lebensphase Alter im Jahr 2008 bereits ausführlich beschrieben und haben sich seither weitgehend bestätigt. Die folgende Bestandsaufnahme erfolgt fokussiert auf die für die hier beschriebene Maßnahme ausgesuchten vier Siedlungsquartiere Leineberg, Grone Süd, die Weststadt² und den Holtenser Berg. Es handelt sich um Wohngebiete mit überwiegendem Geschosswohnungsbau und einer gering ausgeprägten Infrastruktur.

In den ausgewählten Stadtteilen lebten 2013 10,6% der Bevölkerung Göttingens³. Am bevölkerungsreichsten ist der Stadtteil Grone-Süd, gefolgt vom Holtenser Berg, der Weststadt und dem Leineberg. Tabelle 1 weist im Einzelnen die Bevölkerungszahlen, die Anzahl und den Anteil der über 65- und über 75-jährigen sowie verwitweter Personen an der Wohnbevölkerung aus sowie den Anteil von MigrantInnen und Sozialleistungsbeziehenden an den Älteren.

Demnach leben in den ausgewählten Quartieren überdurchschnittlich viele ältere Menschen im Vergleich zum gesamten Stadtgebiet. Der Anteil der über 65-jährigen an der Wohnbevölkerung liegt für Göttingen insgesamt bei 16,7%, in Grone Süd, auf dem Leineberg und auf dem Holtenser Berg liegt dieser Anteil zwischen 19,2% und 23,7% und damit deutlich höher. Lediglich die Göttinger Weststadt (im hier zugrunde gelegten sozialräumlichen Sinne) liegt im städtischen Durchschnitt. Entsprechend ist auch der Anteil der Verwitweten mit Ausnahme der Weststadt gegenüber dem städtischen Durchschnitt erhöht, insbesondere auf dem Leineberg mit 8,5 % an der Wohnbevölkerung. Bezogen auf den Anteil der über 75-jährigen an der Gesamtbevölkerung weist lediglich der Leineberg einen überdurchschnittlichen Wert auf (13%), die anderen Stadtteile liegen mit 8-9,3% bislang noch nahe am städtischen Durchschnitt. Dies wird sich mit Alterung der Generation der jetzt jüngeren Alten verschieben.

Der Anteil von MigrantInnen bei den über 65-jährigen ist in Grone Süd und auf dem Holtenser Berg deutlich höher als im städtischen Durchschnitt (22,5% und 30,9% vs. 12%), in den anderen Stadtteilen ist der Anteil leicht überdurchschnittlich.

Der Anteil von Personen, die Sozialleistungen beziehen, ist bei den über 65-jährigen nur auf dem Holtenser Berg deutlich erhöht gegenüber dem städtischen Durchschnitt (11% vs. 7%), in Grone-Süd ist er mit 8% gegenüber 7 % leicht erhöht ; in den anderen beiden Stadtteilen liegt der Anteil etwa im städtischen Mittel. Ein besonderer Fokus wurde im Rahmen der Antragsstellung auf die Situation alleinlebender SeniorInnen gelegt, werden bei dieser Bevölkerungsgruppe doch besondere Herausforderungen im Bereich der vorpflegerischen Unterstützung gesehen. In den ausgesuchten Stadtteilen leben zwischen 38% (Grone Süd) und 59 % (Weststadt) und damit ca. die Hälfte aller 65-jährigen in einem Einpersonen-Haushalt. Der Anteil an Einpersonen-Haushalten hat innerhalb des letzten Jahrzehnts in allen Altersgruppen und im gesamten Stadtgebiet deutlich zugenommen; die Anzahl stieg zwischen 2004 und 2013 um 5.813 Haushalte und damit ausgehend von 39.267 Haushalten im Jahr 2014 um ca. 15 % im gesamten Stadtgebiet.

² Hiermit ist nur ein Teil des gleichnamigen statistischen Bezirks gemeint, die Weststadt wurde vor allem als sozialräumliches Gebiet einbezogen, nicht im Sinne des statistischen Bezirks. Siehe Erläuterung in FN 4.

³ http://www.goesis.goettingen.de/pdf/020_31.pdf; Wohnberechtigte Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht in den Stadtbezirken und Statistischen Bezirken 2013

Für drei der ausgesuchten Stadtteile stieg der Anteil der Einpersonen-Haushalte sogar in noch weit stärkerem Maße: um 60% auf dem Leineberg, um 44 % in Grone Süd, und um 38% auf dem Holtenser Berg. Lediglich im Bereich der Weststadt verlief der Anstieg unterdurchschnittlich um 8,5 %. Der überdurchschnittliche Anstieg in drei Stadtteilen kann zum einen mit einer veränderten Bevölkerungszusammensetzung zusammenhängen, zum Beispiel mit dem vermehrten Zuzug von Studierenden. Zum anderen stellt auch der überdurchschnittliche und zunehmende Anteil Älterer in diesen Stadtteilen vermutlich eine zentrale Einflussgröße dar.

Tabelle 1: Bevölkerungszahl gesamt, Anzahl/ Anteil älterer Menschen in ausgewählten Quartieren Göttingens und im Stadtgebiet gesamt, sowie Familienstand, Migrationsstatus und Sozialleistungsbezug bei älteren Menschen (2013)

	Wohn- Bevölkerung gesamt	Anzahl/ Anteil über 65- jähriger an Wohn- bevölkerung	Anzahl / Anteil über 75-Jähriger an Wohn- bevölkerung	Anzahl Verwitweter/ Anteil an Wohnbevöl- kerung	Anzahl Ein- Personen- Haushalte ab 65 J./ Anteil an Altersgruppe	Anzahl / Anteil MigrantInnen über 65 J.	Anzahl / Anteil an Altersgruppe von Sozialleistungs- beziehenden ab 65 J.
Leineberg	2734	652/ 23,7%	354/ 13%	233/ 8,5%	320/49 %	88/ 13,5 %	34/ 5,2%
Grone Süd	4.520	948/ 20,3%	418/ 9,3%	311/ 6,9%	363/38%	204/ 22,5 %	73/ 8 %
Weststadt ⁴	7412	1237/ 16,7%	594/ 8%	409/ 5,6%	724/59%	172/ 13,9 %	90 / 7,3 %
Holtenser Berg	3.767	728/ 19,2%	321/ 8,5%	242/ 6,4%	325/ 48%	225/ 30,9 %	80 / 11 %
Göttingen Gesamt	130.144	21.590/ 16,7%	10.864/ 8,4%	6.862/ 5,3%	9784/ 45%	2.579/ 12 %	910 / 7 %

Im Bereich Pflege und altersgerechtes Wohnen weisen die Angaben der Stadt Göttingen, Fachbereich Soziales, für August 2014 insgesamt 1.607 Pflegeheimplätze aus. Gegenüber dem Jahr 2007 ist damit ein Anstieg von insgesamt 40 Plätzen zu verzeichnen (vgl. Stadt Göttingen, Fachbereich Soziales 2008). Dieser geht vor allem auf den Neubau der Pflegeeinrichtung „Carpe Diem“ in der Südstadt zurück, der mit 104 Plätzen den Abbau von Kapazitäten in vielen Göttinger Pflegeeinrichtungen um insgesamt 91 Plätze überkompensiert hat. Die vorhandenen Pflegeeinrichtungen liegen sämtlich außerhalb der ausgewählten Siedlungsgebiete, für Grone Süd und den Leineberg befinden sich allerdings Pflegeeinrichtungen in relativer räumlicher Nähe. Gemäß den Vorschlägen der allgemeinen Bestands- und Bedarfserhebung der Stadt Göttingen (2008) wurde für die letzten Jahre insbesondere der Ausbau des Angebotes an Betreutem Wohnen angestrebt. Nach Angaben der Stadt Göttingen für das Jahr 2013 (Stadt Göttingen 2013) liegt die aktuelle Anzahl bei 1.153 Wohneinheiten und damit geringfügig über den im Jahr 2007 verfügbaren 1.115 Einheiten (vgl. Stadt Göttingen 2008). Sie liegen jedoch alle außerhalb der ausgewählten Siedlungsgebiete.

⁴ Hier wurden die statistischen Bezirke 42-44 sowie 46 zugrunde gelegt. Der Zuschnitt wurde vor dem Hintergrund der an den Workshops beteiligten Akteure und der damit in den Blick genommenen älteren Menschen gewählt und umfasst ein größeres Gebiet als das Soziale-Stadt-Gebiet. Es schließt den Holtenser Berg aus – für diesen Sozialraum wurde ein eigener Workshop durchgeführt - sowie die Gebiete Robert Bosch-Breite, Stadtfriedhof, und Bahnhof West, weil diese außerhalb des sozialräumlichen Einzugsgebietes der eingeladenen Weststadtkteure liegen.

Sozialraumbezogene Aktivitäten in den ausgewählten Stadtteilen⁵

Leineberg

Der Leineberg ist ein Stadtteil, der etwa seit dem Jahr 2000 langsam in den Fokus von Stadt- und Sozialplanung, SozialwissenschaftlerInnen und Gemeinwesenarbeit rückte; umfangreiche Aktivitäten fanden statt, die das Ziel verfolgten, etwas über die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner herauszufinden und Möglichkeiten der Aufwertung des Stadtteils auszuloten. Dies umfasst Sozialstrukturanalysen des ZENS (2001, 2004 und 2005), Umfragen zur Wohnzufriedenheit (ebenfalls ZENS), eine Stadtteil-Studie der Hafen City Universität (2009), die Leinebergstudie des pädagogischen Seminars (Alheit, 2010) und schließlich den Wettbewerbsbeitrag der Städtischen Wohnungsbau Göttingen GmbH „Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen“ (Städtische Wohnungsbau Göttingen GmbH, 2009).

Im Zuge dieser wissenschaftlichen und konzeptionellen Zugänge wurden Veränderungen im Stadtteil angestoßen. Hervorzuheben ist die inzwischen abgeschlossene Baumaßnahme zur umfangreichen Sanierung der Häuser der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft auf dem Leineberg. Aber nicht nur das Wohnen und das Aussehen der Häuser – und damit des ganzen Stadtteils – änderten sich in den letzten Jahren grundlegend. Auch neue Formen von Begegnungs-, Beratungs- und Bildungsangeboten entstanden seit 2009.⁶ So wurden das Stadtteilbüro und der Nachbarschaftsverein eingerichtet, nun in den neuen Räumen gemeinsam mit dem Mieterbüro der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft in der Allerstraße 31. Bei all den Veränderungen blieben lebendige Mittelpunkte des Viertels die Kirchengemeinde und die Schule.

Das Besondere dieser Prozesse in den letzten Jahren ist, dass Ältere nicht nur als eine Bevölkerungsgruppe von mehreren mitgedacht wurden, sondern sie waren teils sogar explizit Ausgangspunkt der Planungen.

Die Erhöhung von und der Erhalt der Lebensqualität der Älteren im Stadtteil waren integrale Bestandteile aller Aktivitäten rund um das Stadtteilbüro und den Nachbarschaftsverein. Die kooperierenden Partner machen das bereits deutlich: Zusammen mit der Diakonie, der Städtischen Wohnungsbau, dem Verein Freie Altenarbeit und der dort ansässigen Kirchengemeinde hat die Stadt Göttingen entsprechende Veränderungen initiiert.

Grone-Süd

Auch der Stadtteil Grone-Süd hat sich in den letzten 15 Jahren stark gewandelt. Grone Süd hat sich in Hinsicht auf soziale Aktivitäten, Bildungsangebote und das soziale Zusammenleben zum „Vorzeigestadtteil“ entwickelt. Ein wichtiger Aspekt war dabei die Aufnahme in das Förderprogramm Soziale Stadt seit 1999 (bis 2014) und der Aufbau des Nachbarschaftszentrums/Mehrgenerationenhauses, welches zu einer zentralen Anlauf- und Koordinations- und Netzwerkstelle für verschiedene Begegnungs-, Bildungs-, Qualifizierungs- und Unterstützungsaktivitäten entwickelt wurde.

⁵ Vgl. Darstellung der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen auch im Abschnitt Soziale Bezüge und Lebensgestaltung

⁶ Im Jahr 2009 erhielt die Stadt Göttingen einen Bundeszuschuss in Höhe von 150.000 Euro für das Konzept „generationenübergreifende Nachbarschaftshilfe für den Stadtteil Leineberg“ im Ideenwettbewerb „Freiwilligenliste aller Generationen“. Dieses Projekt wurde gemeinsam mit den Partnern Freie Altenarbeit e.V. und dem evangelisch lutherischen Kirchenkreis Göttingen durchgeführt. Die Kirche beteiligte sich mit weiteren 150.000, die Stadt mit 30.000, so dass 2009 bis 2011 das Leuchtturmprojekt arbeiten und zugleich durch die Gründung des Nachbarschaftsvereins eine längerfristige Trägerschaft aufbauen konnte.

Hierzu wurden und werden unterschiedliche Förderprogramme genutzt, so z.B. die ESF-Förderprogramme (Lokales Kapital für Soziale Zwecke und Stärken vor Ort) und BIWAQ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier); zugleich werden sehr viele Aktivitäten durch vielfältiges ehrenamtliches Engagement ermöglicht. In den Sanierungsgebieten wurden zudem Maßnahmen durchgeführt, die zur Aufwertung des öffentlichen Raums und des Wohnumfelds führten. Durch die Neugestaltung eines zentralen Quartiersplatzes, verbesserte Wegeverbindungen und die Anlage eines großen Freizeitparks wurde die Aufenthaltsqualität für verschiedene Nutzergruppen, u.a. SeniorInnen, verbessert. Auch einzelne Wohnungsunternehmen haben im Rahmen des Programm „Soziale Stadt“ ihr Wohnumfeld aufgewertet. Es ist hervorzuheben, dass Grone (Grone-Süd und Alt-Grone) auch schon vor der „sozialen Stadt“ ein aktiver Stadtteil war. Es existieren schon seit vielen Jahrzehnten zahlreiche aktive Vereine und vielfältige Aktivitäten der Kirchengemeinden, die auch mit den „neuen“ Stadtteilakteuren weiterhin eine hohe Bedeutung für die Lebensqualität der Groner Bevölkerung haben.

Weststadt

Auch das Gesicht der Weststadt hat sich in den letzten 10-15 Jahren in starkem Maße durch viele neue Akteure der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit verändert. Schon seit den 90-iger Jahren wurden vielfältige Aktivitäten und Netzwerke zur Förderung der Stadtteilentwicklung und eines besseren sozialen Miteinanders im Stadtteil aufgebaut. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Weststadtkonferenz, ein Netzwerk aus vor Ort und stadtweit tätigen sozialen Einrichtungen und Initiativen, das sich die Verbesserung des sozialen Zusammenlebens im Stadtteil zum Ziel gesetzt hat und u.a. seit 2002 das sogenannte Weststadtfest organisiert.

2006 wurde das Weststadtbüro der Jugendhilfe Göttingen e.V. in Kooperation mit der Weststadtkonferenz initiiert; dieses diente lange Zeit als feste Anlaufstelle und auch als Treffpunkt für BewohnerInnen des Viertels sowie Ausgangspunkt für Viertelaktivitäten. Seit 2012 stehen mit dem Weststadtzentrum in einem umgebauten ehemaligen Supermarkt in direkter Nachbarschaft zum Weststadtbüro für solche Aktivitäten deutlich mehr und größere Räumlichkeiten zur Verfügung, in denen bestehende Aktivitäten für und mit SeniorInnen verstetigt und neu initiiert werden konnten (vgl. Kapitel Ergebnisdarstellung „Soziale Bezüge“).

Ein starker Impuls für die Entwicklung des Stadtteils ist seit 2010 die Aufnahme ins Programm Soziale Stadt gewesen, wodurch viele bauliche und infrastrukturelle Veränderungen im Stadtteil angestoßen wurden (Einrichtung eines zentralen Mehrgenerationenplatzes, Neubau eines Eltern-Kind-Zentrums) und noch werden. Seit 2011 leistet das Beschäftigungsprojekt AQUA (Arbeit im Quartier) der Beschäftigungsförderung Göttingen kAÖR Nachbarschaftsarbeit im Quartier. Auch der Um- und Ausbau des ehemaligen Supermarktes erfolgte v.a. mit Hilfe von Maßnahmeteilnehmenden aus diesem Projekt, welches aus Mitteln des EU-finanzierten Programms BIWAQ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier) finanziert wird. Wie auch in den anderen Stadtteilen hat es bereits vor diesen „neuen“ Akteuren im Stadtteil einige Gemeinwesenaktivitäten gegeben, insbesondere im Bereich der Kirchengemeinden.

Holtenser Berg

Während die anderen hier untersuchten Stadtteile schon im Fokus von Forschung, Stadtplanung, Quartiersmanagement standen, fanden auf dem Holtenser Berg diesbezüglich Aktivitäten bislang im geringeren Ausmaß statt⁷. Hier gibt es weder ein Nachbarschaftszentrum noch Aktivitäten im

⁷ Birsl, U. (2002). Sozialstrukturanalyse für den Wohnungsbestand der städtischen Wohnungsbau GmbH, Zentrum für Europa- und Nordamerika Studien, Universität Göttingen

Rahmen des Programms Sozialer Stadt bzw. von Beschäftigungsprogrammen. Allerdings besteht seit 2000 für 1.340 Wohnungen auf dem Holtenser Berg eine Gebietsfreistellung (zuletzt verlängert bis 2015), die für die Wohnungsunternehmen mit der Verpflichtung verknüpft ist, die soziale Infrastruktur des Stadtteils durch eine Förderung der Bethlehemgemeinde zu stärken.⁸ Auf dem Holtenser Berg gibt es viele Aktivitäten von und für Ältere von anderen Akteuren. Zu den Einrichtungen und Personen, die dort sehr aktiv sind und das Gemeinwesen prägen, ist vor allem die Bethlehem-Kirchengemeinde zu zählen. Die Kirchengemeinde betreibt unter anderem eine Sozialberatungsstelle sowie einen Second-Hand-Laden und bietet viele soziale Begegnungsmöglichkeiten. Von besonderer Bedeutung sind aber auch die drei Göttinger Wohnungsunternehmen, die große Wohnungsbestände auf dem Holtenser Berg haben und über die reine Verwaltung des Wohnungsbestandes hinaus soziale Verantwortung für den Stadtteil zeigen. Seit 2001 betreibt die der Städtische Wohnungsbau Göttingen GmbH auf dem Holtenser Berg ein Mieterbüro. Wichtig sind zudem auch die Aktivitäten des Bürgerforums Holtenser Berg.

⁸ Der Ratsbeschluss über die Verlängerung findet sich unter <https://ratsinfo.goettingen.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=6170&options=2>

Expertenworkshops als Mittel zur Bestandsaufnahme

Die vier Workshops fanden im Zeitraum vom 25. Februar bis zum 15. Mai 2014 statt. Einladungen gingen an alle, die in einer spezifischen ehrenamtlichen oder professionellen Funktion mit älteren Menschen im Stadtteil zu tun haben. Da in den Stadtteilen auch nicht im Stadtteil ansässige Akteure tätig sind (so z. B. Pflegedienste, Demenzhilfe, Alltagsbegleitung), wurden auch solche Institutionen eingeladen. Wesentliches Kriterium war, dass die Personen etwas über die Lebenssituation älterer Menschen vor Ort auf der Grundlage persönlicher Kontakte sagen konnten.

Die Auswahl der Einzuladenden erfolgte mit Hilfe von Informationen von Personen, die sich gut in den Stadtteilen auskannten und wurde durch eigene Recherchen ergänzt. Besonders hilfreich waren Vorgespräche mit Mitarbeiterinnen der bestehenden Stadtteilzentren bzw. -initiativen, namentlich Hanna Köhn, Dörthe Wilbers und Julia Kermas, sowie auf dem Holtenser Berg, wo es kein Stadtteilzentrum gibt, Pastorin Scheller. An sie geht ein herzlicher Dank für die Unterstützung bei der Organisation und Durchführung der Workshops.

Insgesamt nahmen mehr als 60 Personen an den Workshops teil; einzelne Personen haben mehrfach, jeweils mit Bezug auf den entsprechenden Stadtteil, teilgenommen. In der folgenden Tabelle 2 sind für jeden Workshop Datum der Durchführung und Teilnehmerzahl aufgeführt.

Tabelle 2: Durchgeführte Workshops, Datum der Durchführung und Teilnehmerzahl

Stadtteil	Durchgeführt am	Anzahl Teilnehmende
Leineberg	25.2.2014	19
Grone Süd	20.3.2014	11
Weststadt	29.4.2014	16
Holtenser Berg	15.5.2014	18

Teilweise sagten eingeladene Personen ab, so dass nicht immer genau die anvisierte Zusammensetzung erreicht werden konnte, aber insgesamt war jede Gruppe ausreichend groß und gut arbeitsfähig. Das Interesse an der Teilnahme und Austausch erwies sich als erfreulich groß.

Es ist leider nicht gelungen, Personen aus dem Bereich des lokalen Einzelhandels und der Gastronomie zur Teilnahme zu motivieren; möglicherweise war für diese Berufsgruppen die gewählte Tageszeit, die sich an Randarbeitszeit der hauptsächlich angesprochenen Professionen orientierte, nicht umsetzbar. In der folgenden Tabelle 3 ist ausgewiesen, an wie vielen Workshops welche Institutionen/Professionen vertreten waren. Eine Reihe der Teilnehmenden vereinigte mehrere Funktionen auf sich. Einige Teilnehmende konnten als ExpertInnen in mehrfacher Hinsicht gelten – aufgrund des Wohnsitzes im Stadtteil, aufgrund des eigenen Lebensalters und aufgrund einer spezifischen professionellen oder ehrenamtlichen Funktion.

Tabelle 3: Anzahl der besuchten Workshops pro Institutionen/Profession

Institution/Profession	Anzahl der Workshops
Diakoniestation Göttingen (Pflegedienst)	4
Sozialdienst im Gesundheitsamt	4
Diakonie Laienhilfsdienst Demenz	4
Nachbarschaftszentren / -initiativen, stadtteilbezogene Gemeinwesenarbeit	3
Kirchengemeinden	3
Seniorenbeirat	2
Kontaktbereichsbeamte	2
Wohnungsunternehmen	2
Paritätischer Wohlfahrtsverband	2

Weiter beteiligten sich an je einem Workshop Vertreter und Vertreterinnen der folgenden Institutionen/Professionen bzw. folgende Personen

- Eine Vertreterin der Internationale Gärten (Grone Süd)
- Die Ortsbürgermeisterin /der Ortsrat Grone
- Ein Hausarzt (Holtenser Berg)
- Ein Sportverein (Holtenser Berg)
- Ein Bürgerforum (Holtenser Berg)
- Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten mbH
- Stadt Göttingen, Seniorenberatung / Pflegestützpunkt
- Stadt Göttingen, Büro für Integration (MiMi-Projekt)
- Beschäftigungsförderung Göttingen, Projekt AQUA
- Caritas Seniorenservicebüro
- Asklepios Fachklinikum Göttingen, Sozialdienst
- Einzelne Bewohner

Die methodische Gestaltung der Workshops war an allen Standorten identisch. Nach einer thematischen Einführung und Vorstellungsrunde erfolgte eine Bestandsaufnahme zum Thema Lebensqualität älterer Menschen im Quartier. Die leitende Frage war „Wie lebt es sich für ältere Menschen in...?“, d.h. dem jeweiligen Stadtteil. Die Befragten wurden darum gebeten, sich bei ihren Äußerungen auf den Stadtteil zu beziehen, die Grundfrage nach Möglichkeiten, im Quartier selbstständig älter zu werden, zu berücksichtigen und die Perspektive älterer Menschen im Stadtteil einzunehmen. Grundidee war, dass die Teilnehmenden im Sinne eines Mosaiks verschiedene Teile zusammentragen sollten, um am Ende ein Gesamtbild zu erhalten. Die in freier Diskussion genannten Aspekte wurden vom Moderationsteam notiert und den Themengebieten Wohnen, Gesundheit und Pflege, Mobilität, soziale Bezüge und Lebensgestaltung sowie Grundversorgung zugeordnet. Diese Themenauswahl orientierte sich an zentralen Kategorien wie sie im „Leitfaden zur Erstellung altersgerechter integrierter Konzepte für Kommunen“ (2013) beschrieben wurden. (Bombach et al.,2013) Im letzten Teil des Workshops wurde diskutiert, welche Handlungsmöglichkeiten vor Ort bestehen.

Viele der Teilnehmenden kannten sich von anderen Netzwerken, aber z.T. war die Zusammensetzung der Gruppen auch neu, insbesondere die Kombination aus Akteuren der Stadtteilarbeit und der Beschäftigungsförderung einerseits und Professionellen aus der Pflege und Seniorenarbeit andererseits. Dies hatte zur Folge, dass die Teilnehmenden zum Teil neue Informationen erhielten und Ideen für Kooperationen entstanden. Die Workshops dienten damit nicht nur der Bestandsaufnahme, sondern haben zugleich Impulse gesetzt.

Ergebnisdarstellung

Grundsätzlich sind mit dem Thema „selbstständig Wohnen im Alter“ die folgenden wesentlichen Aspekte verknüpft

Zum einen die Wohnungs- und Wohnumfeldgestaltung, die es ermöglicht, oder eben auch verhindert, sich im Alter eigenständig zu bewegen und zu versorgen (**Wohnen, Mobilität**)

Zum anderen die Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern in den Bereichen **gesundheitliche und pflegerische Versorgung** und **weitere Grundversorgung** sowie haushaltsnahe Dienste.

Auch die Aussicht auf die Möglichkeit wohnortnaher stationärer Versorgung und damit des Verbleibs in den Stadtteilen erwies sich in den Workshops als ein wichtiger Aspekt für die Identifikation mit dem Stadtteil als dauerhaftem Wohnort und hat damit Auswirkungen auch auf die gewählte Form „selbständiger Lebensführung“ im Alter.

Und schließlich die soziale Einbindung, d.h. inwiefern es Möglichkeiten der Betätigung und der Begegnung gibt oder auch nicht gibt (**Lebensgestaltung und soziale Bezüge**)

Die Ergebnisse werden im Folgenden entsprechend den o.g. Themengebieten gegliedert (Wohnen, Pflege/Gesundheit, weitere Grundversorgung, Lebensgestaltung und soziale Bezüge, Mobilität) vorgestellt. Es werden zu den Themen jeweils positive, neutrale und negative Aspekte der Stadtteile in übergreifender und teilweise vergleichender Perspektive zusammengefasst. Jedes Themengebiet umfasst sowohl eine Bestandsaufnahme als auch die Darstellung von Handlungsfeldern und Handlungsmöglichkeiten, die im Rahmen der Workshops entwickelt wurden. Es ist darauf hinzuweisen, dass sich einzelne Aspekte in den verschiedenen Themenfeldern überschneiden bzw. wiederholen; entsprechende Querverweise werden gegeben.

Thema Wohnen

Bestandsaufnahme

Wohnzufriedenheit und Verbleibswünsche

Grundsätzlich sind den Workshop-TeilnehmerInnen zufolge in allen Stadtteilen ältere Menschen zufrieden bis sehr zufrieden mit dem eigenen Stadtteil. Viele Ältere wohnten gerne in ihrem Stadtteil; Einschränkungen scheinen hier primär für die Weststadt zu gelten, hier wird auch von größerer Fluktuation berichtet. Insgesamt werden viele positive Merkmale der Stadtteile aufgezählt, die sich von Stadtteil zu Stadtteil unterscheiden. Es wird immer wieder berichtet, dass die Sicht von außen auf den Stadtteil und die Sicht von innen manchmal divergieren. Die BewohnerInnen haben meist wenig Verständnis dafür, dass der eigene Stadtteil von außerhalb Wohnenden eventuell als problematisch eingeschätzt werden könnte.

An allen Standorten wird berichtet, dass ältere Menschen ihr Quartier, ihr Haus und ihre Wohnung im Alter nur ungern aufgeben - in der Regel wird ein Umzug nicht gewünscht. Dieser Wunsch in der eigenen Häuslichkeit bzw. im Stadtteil zu verbleiben, lässt sich aber nicht immer realisieren – je älter und eingeschränkter die Personen sind, desto stärker sind ältere Menschen darauf angewiesen, dass Wohnungen und der Zugang zu den Wohnungen möglichst barrierearm gestaltet sind.

Ob der Verbleibswunsch in der Wohnung realisierbar ist, hängt einmal davon ab, ob die eigene Wohnung barrierearm gestaltet ist, und – wenn dies nicht der Fall ist - davon, ob es grundsätzlich möglich ist, einen entsprechenden Umbau zu realisieren. Wenn dies nicht möglich ist und der Verbleib im Quartier gewünscht wird, so bleibt z.T. die Möglichkeit, eine andere barrierearme Wohnung im gleichen Stadtteil zu beziehen. Dafür müssen solche Wohnungen verfügbar und bezahlbar sein und der Umzug muss aus Sicht der älteren Menschen bewältigbar erscheinen; bei den Wohnungsunternehmen wird dies z.T. mit Umzugsmanagement unterstützt. Wenn diese Möglichkeiten nicht gegeben sind bzw. dennoch ein Umzug nicht erwogen wird und niemand verfügbar ist, der die Mobilität der älteren Menschen unterstützen könnte – so einige Berichte der Pflegedienste und Sozialdienste des Gesundheitsamts –, kann dies dazu führen, dass ältere Menschen zunehmend seltener aus dem Haus gehen oder ihre Wohnungen gar nicht mehr verlassen. V.a. die teilnehmenden Pflegedienste berichteten über solche Fälle.

Angebotsinfrastruktur

Folgende Tabelle 4 gibt einen Überblick über Möglichkeiten des barrierearmen Wohnens sowie unterstützte Wohnformen.

Tabelle 4: Wohnangebote für ältere Menschen

	Leineberg	Grone Süd	Weststadt	Holtenser Berg
Wohnungs- und Wohnumfeldanpassung	X ⁹	(x)	(x)	X
barrierearme Wohnungen	X	(x)	(x)	X
Unterstützte Wohnformen im Alter				

Das Thema Wohnraumanpassung und die Verfügbarkeit von barrierearmen Wohnungen war in allen Quartieren von zentraler Bedeutung. Es wurde in den Diskussionen von aktuellem und zukünftig wachsendem Bedarf ausgegangen, wobei der Grad der Bedarfsdeckung in den Stadtteilen als unterschiedlich und z.T. auch schwankend eingeschätzt wurde. Von konkreten Wegzügen aus dem Quartier aufgrund fehlender Wohnungen wurde vor allem aus der Weststadt berichtet, aber Defizite wurden auch in den anderen Stadtteilen deutlich.

Wesentlich im Hinblick auf altersgerechte Gestaltung ist die Qualität und das Alter des Wohnungsbestands in den vier Quartieren, d.h. die spezifische Bauweise mit Hochparterrewohnungen und engen Treppenhaus- und Wohnungszuschnitten, die bestimmte Lösungen der Umgestaltung ausschließt bzw. deutlich erschwert und verteuert. Grundsätzlich – so die teilnehmenden Wohnungsunternehmen – ließen sich zwar meist bauliche Lösungen finden, aber der Mietpreis würde in der Folge so stark erhöht werden müssen, dass die Personen, die den Bedarf haben, sich die Wohnungen nicht mehr leisten könnten. In allen untersuchten Stadtteilen wurde ein niedriges bis moderates Mietpreisniveau angesichts der Einkommensverhältnisse der Menschen als wesentlich erachtet. Ältere seien daher häufig in Sorge, dass Mieten nach altersgerechtem Umbau für sie nicht mehr finanzierbar sind.

⁹ Eine eingeschränkte Verfügbarkeit ist in den Tabellen jeweils durch Kreuze in Klammern dargestellt, eine ausreichende Versorgung durch Kreuze ohne Klammern.

In allen Stadtteilen gibt es den Berichten zufolge zwar barrierearme Wohnungen, aber nicht überall in ausreichender Anzahl. In den Quartieren, in denen die genossenschaftlichen bzw. städtischen Wohnungsunternehmen über einen großen Bestand verfügen (vor allem auf dem Holtenser Berg und Leineberg), gab und gibt es vielfältige Bemühungen, auch ist dort eine größere Anzahl von barrierearmen Wohnungen (mittlerweile) im Bestand verfügbar. Der Bedarf sei dort bekannt und soweit dies finanziell möglich ist, würden individuelle und übergreifende Lösungen auch umgesetzt. Insbesondere wurde die Zufriedenheit mit der Sanierung der Häuser der städtischen Wohnungsbaugesellschaft auf dem Leineberg als hoch eingeschätzt. Hier wird eine zunehmende Nachfrage nach Wohnungen aus dem ganzen Stadtgebiet berichtet. Grundsätzlich sei dennoch auch hier der Bedarf nach wie vor höher als das Angebot. Die ebenerdige Erschließung der Hochparterrewohnungen wird als sehr sinnvoll, aber als nicht hinreichend gesehen, zum einen da dies zu einer Konkurrenzsituation zwischen Familien mit Kindern und älteren Menschen / Menschen mit Behinderungen führen könne, zum anderen, da vielen älteren Menschen das Wohnen im Erdgeschoss aus Sicherheitsgründen nicht angenehm sei.

Sowohl für den Holtenser Berg als auch für den Leineberg wurde für den Bestand der drei gemeinnützigen Göttinger Wohnungsunternehmen betont, dass Möglichkeiten des Wohnungstauschs bestünden, dass solche Tausche und bestandsinternen Umzüge insgesamt gefördert würden und versucht werde, barrierearmes Wohnen in den Quartieren zu ermöglichen. Entsprechend gebe es Planungen der Volksheimstätte für weitere Umbaumaßnahmen auf dem Leineberg.

Größere Defizite gibt es offenbar an zwei Standorten: Einerseits werden Defizite aus der Weststadt berichtet, wo bislang kaum barrierearme Wohnungen vorhanden seien und auch keine Umbauten vorgenommen würden. Hier liegen auch Berichte über grundsätzlich größere Qualitätsdefizite im Wohnungsbestand vor. Zum anderen werden Probleme vor allem aus Grone-Süd berichtet. Dort gebe es zwar eine größere Zahl von Wohnungen, die prinzipiell barrierearm erreichbar seien (Ausstattung mit Aufzug), aber im Detail wurden dennoch Zugangsprobleme geschildert. Als großes Problem wird berichtet, dass das dortige private Wohnungsunternehmen zurückhaltender im Hinblick auf Umbaumaßnahmen, Wohnungstausche und bestandsinterne Umzüge sei. Weite Teile des Wohnungsbestands in Grone Süd gehören einem bundesweit überregional agierenden Berliner Immobilienunternehmen (berlinovo GmbH, im Besitz des Landes Berlin). Dieses Unternehmen sei für die MieterInnen – egal welchen Alters – kaum ansprechbar. Berichtet wird von schlechtem Service und fehlendem Engagement für die älteren BewohnerInnen im Hinblick auf barrierearmes Wohnen. Im Gegenteil wird über vielfältige Hindernisse beim Wohnungstausch, beim bestandsinternen Umzug und bei der eigenen Umgestaltung der Wohnungen (Rückbaupflicht) berichtet. Erfahrungen mit dem neuen Eigentümer, der Westgrund Niedersachsen Süd GmbH müssen abgewartet werden.

Ebenfalls wurde in den Workshops vielfach erörtert, unter welchen Umständen Umbaumaßnahmen in Wohnungen finanziert werden könnten und wer dazu berät. (Sozialdienst des Gesundheitsamts, Seniorenberatung/Pflegestützpunkt der Stadt Göttingen, mobile Wohnberatung der Freien Altenarbeit, Pflegedienste) Die Workshopteilnehmenden wurden an dieser Stelle auf die bestehenden und etablierten kommunalen Beratungsangebote hingewiesen. Einigkeit bestand darüber, dass der Bekanntheitsgrad dieser Beratungsmöglichkeiten erhöht werden könnte.

Handlungsperspektiven

Im Bereich barrierearmes Wohnen gibt es aus Sicht der Quartiere also noch viel zu tun. In den Diskussionen ging es um die allgemeinen Problemlagen beim Zugang zu und in Bezug auf die Ausstattung der Wohnungen (von innen schließende Badezimmertüren, Bäder, Türbreite), aber in den Workshops konnten auch ganz konkrete Anregungen und Hinweise für bestimmte Objekte gegeben werden - so z.B. wenn der Zugang zu Fahrstühlen über Stufen erfolgt oder wenn Rampen zwar vorhanden, aber zu schmal sind. Viel ging es in den Diskussionen auch darum, inwiefern es unkompliziertere Möglichkeiten der Erschließung von Hochparterrewohnungen gebe (Rampen, Treppenlifter).

In allen Stadtteilen wurde der Wunsch nach neuen Wohnarrangements im Quartier geäußert. Es bestehen Wünsche u.a. nach gemeinschaftlichen und zugleich selbstbestimmten Wohnformen mit angebundnen Unterstützungsstrukturen (z.B. Pflegedienst im Erdgeschoss). Die geäußerten Vorstellungen erschöpfen sich keinesfalls in dem vorhandenen Markformat der Wohnanlagen des sogenannten Betreuten Wohnens. Grundsätzlich lässt sich konstatieren, dass bislang in keinem der untersuchten Quartiere höher entwickelte Wohnarrangements existieren, Wohnanlagen des Betreuten Wohnens sind in den ausgesuchten Stadtteilen nicht ansässig.

Es wurde die Anregung formuliert, in den Quartieren mit großem Wohnungsbestand der städtischen / genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen bestimmte (besonders geeignete) Häuser bevorzugt mit barrierearmen Wohnungen auszustatten und dort Versorgungsstrukturen anzuschließen. Dies sei auch kostengünstiger als die bestehenden Möglichkeiten. Hier wurde darauf hingewiesen, dass der Erhalt von generationengemischten Wohnsituationen für viele eine hohe Priorität habe, allerdings eine Bündelung im Sinne der Effizienz erforderlich sein könnte.

Im Hinblick auf die besondere Situation in Grone-Süd wurde diskutiert, ob eine Einflussnahme auf private Vermieter möglich wäre und inwiefern auch die Kommune die MieterInnen dabei unterstützen könnte und sollte, ihre Rechte wahrzunehmen.

Generell wird das Thema barrierearme Umgestaltung von Häusern auch als Thema für Förderprogramme wie z.B. „Soziale Stadt“ bewertet. In der Zukunft, so ein Wunsch, solle das Thema Barrierefreiheit bei Bauvorhaben generell stärker berücksichtigt werden, bei anstehenden Sanierungen sei ein besonderer Schwerpunkt auf die Ausstattung mit Aufzügen zu legen.

Thema Pflege/Gesundheit

Bestandsaufnahme Angebotsstruktur

Ein Verbleib in der eigenen Häuslichkeit und im eigenen Viertel hängt in starkem Maße davon ab, in welchem Umfang pflegerische ambulante und (teil-)stationäre Angebote und gesundheitsbezogene Dienstleistungen verfügbar sind. Die Angebotsstruktur stand daher bei diesem Thema im Fokus.

Zuweilen wurde der Wunsch nach Möglichkeiten der Pflege im Quartier geäußert. Dies, so wurde erläutert, würde es den Menschen ermöglichen, auch im Alter in ihrem vertrauten Quartier zu bleiben. Es würde auch andere Möglichkeiten der sozialen Anbindung ermöglichen; so sei es für eine Kirchengemeinde zwar möglich, pflegebedürftige Gemeindemitglieder in einer Einrichtung vor Ort weiter zu betreuen, nicht aber wenn die Menschen über das Stadtgebiet verstreut in Pflegeheimen leben.

In allen Stadtteilen kam zur Sprache, dass lokale und kleinere Pflegeangebote wünschenswert wären, häufig genannte Stichworte waren „Pflege-WG“ oder „Demenz-WG“. Hier wurde einerseits auf gelungene Beispiele in anderen Städten Bezug genommen, andererseits auf die sozialversicherungsrechtliche Schwierigkeit der Finanzierung solcher Angebote verwiesen. Allerdings wurde deutlich, dass für viele das Thema alternativer Pflegekonzepte eine große Bedeutung hat und in diesem Bereich Lösungen gefragt sind; die Diskussionen der nächsten Jahre werden vermutlich immer wieder die Frage behandeln, wie auch umfassende pflegerische Unterstützung im Stadtteil organisiert werden kann.

Tabelle 5: Angebote ambulanter und (teil)stationärer Pflege und Betreuung

	Leineberg	Grone Süd	Weststadt	Holtenser Berg
Angebote stationärer Pflege	(x)	(x)	(x)	
Tagespflege	(X)	(x)	(x)	
Betreuungsgruppen für Demenzkranke	x	Geplant		
Angebot für pflegende Angehörige	X			
Hausarzt	(x)	X	x	x
Gerontopsychiatrische Fachklinik und -ambulanz	X			
Apotheke	(x)	X	x	X
Ehrenamtliches Beratungsangebot zu Sozialleistungen	Geplant	x		X

Die Bestandaufnahme ergab (Tabelle 5), dass in keinem der untersuchten Quartiere ein Angebot der stationären Pflege verfügbar ist. Allerdings finden sich einige Angebote in der Nähe der Stadtteile – so der Seniorenpark Carpe diem in der Nähe des Leinebergs, die Pflegeheime Pro Seniore und das Zentrum für ältere Menschen in Alt-Grone. Die Entfernungen vom Holtenser Berg zu einer stationären Pflegeeinrichtung sind demgegenüber relativ groß.

In den Stadtteilen nicht direkt verfügbar sind auch teilstationäre Angebote, d.h. Angebote der Tagespflege. Solche Angebote ermöglichen dann einen längeren Verbleib in der Häuslichkeit und im Quartier, wenn durch Tagespflege Angehörige entlastet werden bzw. Pflege und andere Aufgaben besser vereinbaren können und damit die Pflege besser und evtl. länger bewältigen können. Auf dem Leineberg wird allerdings seit diesem Jahr eine wöchentliche Betreuungsgruppe der Demenzhilfe Göttingen angeboten, in Grone-Süd ist eine solche Gruppe in Planung.

Neben dem Gruppenangebot bieten die Demenzhilfe Göttingen und andere Träger individuelle Betreuungsleistungen an, die auch von Haushalten in den untersuchten Stadtteilen zunehmend in Anspruch genommen würden. Durch die neue Finanzierungsmöglichkeit von individueller oder Gruppenbetreuung für Menschen mit einer diagnostizierten Demenz (und ohne Pflegeeinstufung) über die Pflegeversicherung sind neue, die häusliche Pflege ergänzende Angebote entstanden¹⁰.

¹⁰ § 45 b SGB XI gewährt Pflegebedürftigen, die ambulant versorgt werden und über eine eingeschränkte Alltagskompetenz verfügen, einen zusätzlichen Betreuungsbetrag. Sie erhalten von ihrer Pflegekasse monatlich 100,00 Euro (Grundbetrag) bzw. 200,00 Euro (erhöhter Betrag). Das Geld darf ausschließlich für Betreuungsleistungen ver-

Diese Angebote sind auch für einkommensschwache Haushalte attraktiv, weil es zu ihnen keine Alternative in Form von Geldleistungen gibt. Es hat sich gezeigt, dass das Wissen über die Möglichkeiten und Voraussetzungen der Inanspruchnahme dieser Leistungen bei den Stadtteilakteuren nicht immer bekannt sind, hier also Informationsbedarf besteht.

Verschiedene Unterstützungs- und Beratungsangebote für pflegende Angehörige werden in Göttingen stadtteilübergreifend angeboten.

Die Versorgungslage mit ambulanten professionellen pflegerischen Diensten wird als sehr gut beschrieben. Eine Vielzahl von Diensten sei in den Stadtteilen unterwegs, die älteren Menschen machen von der Möglichkeit der Auswahl des Pflegedienstes regen Gebrauch. Es wurden Besonderheiten bei der Inanspruchnahme geschildert. So berichteten Pflegekräfte zum einen, dass in den untersuchten Quartieren im Vergleich zu anderen Stadtteilen Grundpflege in geringerem Umfang in Anspruch genommen werde. Einkommensschwache Haushalte nehmen häufiger Geld- als Sachleistungen in Anspruch. Eine Unterversorgung mit Pflege und Betreuung wird vor allem für Personen mit beginnender Demenz vermutet bzw. liegen entsprechender Kenntnisse durch Pflegeberatungseinsätze vor.

Im Hinblick auf die Nutzung professioneller Pflege berichten die Befragten zudem von unterschiedlichem Nutzungsverhalten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Generell sei familiäre Pflege in Familien mit Zuwanderungshintergrund noch selbstverständlicher, eher selten werden Fachkräfte zur Unterstützung geholt. Es wird aber auch die Erfahrung berichtet, dass nach guten Erfahrungen mit Pflegekräften entsprechende mündliche Empfehlungen schnell Verbreitung finden. Die Kommunikation mit Pflegebedürftigen und Familien wird von Pflegekräften als zuweilen problematisch geschildert, hier sei öfter eine Übersetzung nötig. Als hilfreicher Hinweis wurde aufgegriffen, dass im Asklepios Fachklinikum Göttingen z.T. ÄrztInnen in der Ambulanz arbeiten, die die Sprache der älteren MigrantInnen beherrschen und das MiMi-Projekt Multiplikatoren schult.¹¹

Ein besonderer und zunehmender Bedarf wurde auf dem Holtenser Berg im Hinblick auf die Pflege von älteren aktuell oder ehemaligen Wohnungslosen berichtet, da hier eine Einrichtung ansässig ist, die diese Klientel betreut. Hier sehen Fachkräfte Sensibilisierungs- und Schulungsbedarf.

Wie auch im Bereich der Wohnberatung wurde in allen Stadtteilen ein Informationsdefizit deutlich. Es sei nicht immer bekannt, wer genau zum Thema Pflege beraten kann, und welches ein geeigneter, welches ein vertrauenswürdiger Dienst ist. Die Landschaft der Angebote sei unübersichtlich.

wendet werden, die nicht zur Grundpflege oder hauswirtschaftlichen Versorgung zählen. Erstattungsfähig sind zum Beispiel Betreuungsangebote im Zusammenhang mit dem Besuch von Tages- oder Nachtpflegeeinrichtungen, von Kurzzeitpflegeeinrichtungen oder Pflegediensten.

¹¹ Ergänzende Informationen der Stadt Göttingen: Über das MiMi-Projekt stehen „Gesundheitsmediatoren“ mit Migrationshintergrund zur Verfügung, die in 12 Sprachen Informationsveranstaltungen zu verschiedenen gesundheitsbezogenen Themen durchführen. Entsprechende Veranstaltungen wurden bereits sowohl im Nachbarschaftszentrum Grone als auch im Weststadtzentrum sowie an verschiedenen anderen Orten durchgeführt. Die Veranstaltungen werden vom Büro für Integration finanziert und sind für NutzerInnen kostenlos. Eine allgemeine Aufklärung und Informationsgrundlage kann über das MiMi-Projekt erreicht werden, eine weitergehende individuelle Betreuung und Begleitung ist hier allerdings nicht vorgesehen.

Seniorenberatung und Pflegestützpunkt der Stadt Göttingen ist oftmals der richtige Ansprechpartner und kann Anliegen klären und Lotsendienste übernehmen, sei aber vor Ort manchmal nicht bekannt. In diesem Zusammenhang wurde vielfach von der Schwierigkeit der Überwindung einer „ersten Schwelle“ bei der Inanspruchnahme von Hilfe berichtet. In Bezug darauf spiele die Angebotslandschaft nur eine untergeordnete Rolle – es gehe vielmehr um die (nachfrageseitigen) Hemmnisse, sich selbst und Außenstehenden die eigene Hilfebedürftigkeit einzugestehen und sie damit als möglicherweise unumkehrbar anzuerkennen.

Als gut bis sehr gut wird in allen Stadtteilen die bisherige Versorgung mit Ärzten und Apotheken bewertet. Teilweise gibt es allerdings nur einen praktizierenden Arzt vor Ort und die Sorge ist groß, dass die Weiterführung einer Praxis nicht gesichert sei bzw. möglicherweise die einzige Apotheke vor Ort schließe (z.B. Leineberg).

Handlungsperspektiven

Im Hinblick auf Gesundheit und Pflege wurden verschiedene Handlungsmöglichkeiten diskutiert. Der Wunsch nach kleinen quartiersbezogenen Pflegelösungen wurde in den Stadtteilen formuliert. Allerdings war deutlich, dass adäquate Finanzierungsmöglichkeiten die Bedingung für eine Realisierung sind und zudem berücksichtigt werden muss, dass es in Göttingen eine Überkapazität an Pflegeheimplätzen gibt.¹² Hingewiesen wurde auf ein spezielles Angebot auf dem Leineberg – die im dortigen Nachbarschaftszentrum vorhandene Gästewohnung wäre eventuell für vorübergehend Pflegebedürftige nutzbar, was aber noch nicht erprobt worden sei.

Bei vielen Anregungen und Ideen ging es darum, wie die bestehenden Hilfeangebote besser erschlossen und „in den Stadtteil“ geholt werden könnten. (vgl. dazu auch Abschnitt über hauswirtschaftliche Grundversorgung) Eine bessere Aufklärung über Leistungsspektrum sowie Finanzierungsmöglichkeiten der Inanspruchnahme von Leistungen könnte z.B. durch Sozialberatungsangebote in den Stadtteilen gefördert werden, die teilweise auch schon existieren. (vgl. Abschnitt zu Soziale Bezüge). Auch wurde als Erfordernis benannt, dass Informationen stärker von ÄrztInnen und der Überleitungs- und Pflege in den Krankenhäusern vermittelt werden sollten. Schließlich wurde die Möglichkeit in Erwägung gezogen, noch mehr Informationsveranstaltungen in den Nachbarschaftszentren zum Thema Pflege durchzuführen und so die vorhandenen Angebote und relevanten Informationen in den Stadtteilen vorzustellen. In diesem Zusammenhang wurde auch eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Akteure der Stadtteilarbeit einerseits und der Altenhilfe – Pflege andererseits als hilfreich benannt.

Bezogen auf den Zugang zu Familien mit Migrationshintergrund wurden muttersprachliche Türöffner-, Übersetzungs- und Begleitungsangebote als wesentliche Voraussetzung dafür erachtet, dass diese Familien Pflege unterstützende Angebote stärker in Anspruch nehmen; wobei betont wurde, dass die Personen entsprechend vergütet werden müssten. Eine andere Option sei, von Seiten der bestehenden semiprofessionellen Betreuungsdienste (Demenzhilfe der Diakonie) Personen mit Migrationshintergrund in stärkerem Maße als Betreuungspersonen einzubeziehen.¹³ Der muttersprachliche Zugang sei gerade bei dementiell Erkrankten Personen wichtig. Die Bedeu-

¹² Ergänzende Information der Stadt Göttingen: Pflegeheimbelegung in Göttingen Stand Dezember 2014: Plätze insg.: 1.615, davon belegt: 1.462 (Belegungsquote: 91%).

¹³ Ergänzende Information der Stadt Göttingen: Es gibt geschulte Altenpflege- und Demenzkräfte über die Diakonie, die gleichzeitig auch als MiMi-Mediatoren geschult wurden.

tung der professionellen Begleitung (Diakonie) solcher Dienste für Qualitätssicherung, Vertrauen und Sicherheit wurde herausgestellt. Die Stadtteilzentren, so ein Fazit, können Angeboten wie z.B. der Demenzhilfe, aber auch dem Seniorenservicebüro als Anker dienen, um in den Stadtteil wirken zu können und dabei in stärkerem Maße auch MigrantInnen als NutzerInnen wie auch als Betreuungskräfte zu gewinnen. Denkbar sei die gezielte (auch gemeinsame) Information über die Angebote in bestehenden Gruppen (Frauenfrühstück und islamischer Kulturverein / Ditib-Gemeinde).

Schließlich stieß die Möglichkeit der Einrichtung einer weiteren Betreuungsgruppe der Demenzhilfe auch in der Weststadt auf großes Interesse, die Räumlichkeiten des Weststadtzentrums böten hier gute Umsetzungsmöglichkeiten.

Zugehend arbeiten in den Stadtteilen nicht nur die ambulanten Dienste, sondern teilweise auch die Hausärzte. Es wurde vereinzelt angesprochen, dass ihre medizinische Professionalität nicht immer notwendig für den Bedarf sei. In diesem Zusammenhang wurde von einem Hausarzt auf dem Holtenser Berg über ein Modell berichtet, in dem entsprechend qualifizierte ArzthelferInnen (sogenannte nichtärztliche Praxisassistenten) abrechenbare Hausbesuche machen können.¹⁴

Thema Grundversorgung

Bestandsaufnahme

Bedarf an Einkaufsmöglichkeiten und hauswirtschaftlicher Unterstützung

Neben der bereits oben angesprochenen pflegerischen Grundversorgung sollen im Folgenden die Grundversorgung mit Einkaufsmöglichkeiten sowie die Verfügbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen und Hilfen angesprochen werden. Vorpflegerischer Unterstützungsbedarf umfasst vor allem diese beiden Bereiche. Das Vorhandensein von wohnortnahen Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten bzw. die Erreichbarkeit entfernt liegender Einkaufsmöglichkeiten für noch mobile Personen ist ein wichtiger Aspekt für Lebensqualität im Alltag älterer Menschen. Die Funktion solcher Einkaufsmöglichkeiten erschöpfe sich - so die einhellige Ansicht der Stadtteilgruppen - nicht in der Versorgung mit Gütern, sondern beinhaltet auch die Möglichkeit sozialen Kontakts und könne in diesem Sinne auch nicht ohne Weiteres durch die Bringdienste erfüllt werden.

Auch die Verfügbarkeit von Unterstützung im Bereich der hauswirtschaftlichen Versorgung sei ein wichtiger Faktor für den möglichen Verbleib in den eigenen vier Wänden. Unterstützung beim Einkaufen, Putzen, Waschen und manchmal auch der Zubereitung des Essens benötigen sowohl ältere Menschen, die dauerhaft eingeschränkt sind, als auch Personen, die sich nur vorübergehend (aufgrund einer Erkrankung, einer Operation) nicht mehr selber versorgen können. Im hohen Maße aber nicht ausschließlich relevant ist dieser Bedarf für die zunehmende Anzahl alleinlebender älterer Menschen, deren Anteil in den ausgesuchten Stadtteilen bei ca. der Hälfte der Altersgruppe 65 plus liegt (s. S. 6 dieses Berichts).

¹⁴ <http://www.bundesaerztekammer.de/downloads/DelegationsvereinbarungPraxisassistentin.pdf>

Hier wurde in allen Stadtteilrunden neben der Unterstützung durch die eigenen Angehörigen der informellen Nachbarschaftshilfe eine große Bedeutung zugemessen. Den Berichten aus den Stadtteilen zufolge gibt es überall positive Beispiele für eine Unterstützung älterer Menschen innerhalb von Nachbarschaften. Zugleich wurde aber die Einschätzung formuliert, dass es viele Menschen gebe, für die organisierte bzw. professionelle Formen der Unterstützung wichtig wären, weil sie keine Angehörigen haben bzw. Angehörige oder Nachbarn nicht damit belasten wollen.

In allen Stadtteilen wurde die Einschätzung geäußert, dass die bestehenden Möglichkeiten der Inanspruchnahme professioneller und kostenpflichtiger Angebote, die bei Vorliegen einer Pflegestufe über die Pflegeversicherung finanziert werden können, nicht zur Deckung des vorhandenen Bedarfes ausreichen würde bzw. für alle nutzbar seien. Die Teilnehmenden berichteten vielmehr von ihrer Erfahrung bzw. vermuteten, dass es in ihren Stadtteilen bei vielen älteren Menschen ohne festgestellten Pflegebedarf bzw. im Vorfeld von Pflegebedürftigkeit einen oftmals nicht kommunizierten und nicht gedeckten Bedarf an hauswirtschaftlicher Unterstützung gebe und diese damit unterversorgt seien. Für diese Personengruppe gebe es keine regelmäßigen Finanzierungsmöglichkeiten professioneller Angebote und nur wenige seien in der Lage, die entsprechenden Eigenmittel aufzubringen, viele lägen mit ihrem Einkommen nur knapp über dem Grundsicherungsbetrag. Vorhandene stadtweit angebotene ehrenamtliche und semiprofessionelle Unterstützungsstrukturen (z.B. über das Seniorenservicebüro) seien vor Ort nicht bekannt. Als grundlegendes Problem wurde allerdings ebenso benannt, dass viele Menschen ihren eigenen Hilfebedarf nicht erkennen und akzeptieren würden bzw. sich scheuten, diesen zu formulieren. Der Bedarf an Versorgung „blitze“ eher nur vereinzelt auf, wenn z.B. Nachbarn Auffälligkeiten feststellten und den Sozialdienst informierten oder aber der Gemeindebesuchsdienst diese Menschen zum Geburtstag aufsuche und Verwahrlosungserscheinungen wahrnehme.

Vor diesem Hintergrund - mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten ohne Pflegestufe einerseits, Scheu, Hilfe in Anspruch zu nehmen andererseits – wurde in allen Stadtteilrunden einer professionell und stadtteilbezogen organisierten, aber ehrenamtlich bzw. semiprofessionell geleisteten Unterstützungsleistungen eine potentiell wichtige Bedeutung für die Unterstützung älterer Menschen zum Verbleib in den eigenen vier Wänden zugesprochen. Das Erfordernis einer Stadtteilverankerung solcher kostenlosen bzw. kostenreduzierten Formen der Unterstützung wurde u.a. damit begründet, dass diese näher und damit niedrigrschwelliger sei als zentral organisierte Angebote. Zudem sei mancher Bedarf auch nur einmaliger oder vorübergehender Natur, manchmal gehe es nur um Kleinigkeiten (Glühbirne auswechseln), eine Inanspruchnahme von auf Dauer angelegten Hilfen sei in solchen Fällen unangemessen.

Angebotsinfrastruktur

Im Folgenden tabellarischen Überblick wird die von den Teilnehmenden berichtete Angebotsinfrastruktur in Bezug auf die angesprochenen Aspekte der Grundversorgung dargestellt.

Tabelle 6: Angebote der Grundversorgung

	Leineberg	Holtenser Berg	Grone-Süd	Weststadt
Einkaufsmöglichkeiten wohnortnah	(X)	X	X	X
Nutzung von Einkaufsmöglichkeiten außerhalb des Stadtteils (Busverbindung/ Fußwege)	X	(X)	X	¹⁵
Organisierte Formen der ehrenamtlichen/ semiprofessionellen Alltagshilfen/ haushaltsnahe Dienstleistungen	X			(X)

In allen Stadtteilen wurde über eine wohnortnahe Versorgungsstruktur berichtet, die von mobilen Personen fußläufig erreichbar sei. Es gebe überall Einkaufsmöglichkeiten zur Deckung des alltäglichen Bedarfes, z.B. Discounter, Bäckereigeschäfte, Apotheken und teilweise auch Dienstleistungsangebote wie z.B. Friseure, Sparkassenfilialen. Für den Leineberg wurde diese Struktur als teilweise prekär eingeschätzt, da sich der zentrale Marktplatz mit anliegenden Geschäften in der Außenwirkung und baulich in einer Abwertungsspirale befinde und die öffentliche Hand aufgrund der Eigentümerstruktur darauf keinen Einfluss nehmen könne. Für die anderen, nicht mehr mobilen Personen wurde vereinzelt auf Bringdienste der umliegenden Geschäfte verwiesen, dieses scheint sich mittlerweile zum Standardangebot von Einzelhandelsstrukturen entwickelt zu haben. In Bezug auf die Nutzung von Einkaufsmöglichkeiten außerhalb des Stadtteils wurde überwiegend auf gute Busverbindungen verwiesen (siehe hierzu auch den Abschnitt über Mobilität). Auf dem Holtenser Berg wurde einschränkend die schlechte Fußverbindung nach Holtensen erwähnt.

Alltagshilfen und hauswirtschaftlicher Unterstützungsleistungen werden bislang in zwei Stadtteilen durch die Nachbarschaftszentren angeboten, auf dem Leineberg im Stadtteilbüro und in der Weststadt, wo das Angebot kostenloser bzw. kostengünstiger haushaltsnaher Dienstleistungen im Rahmen des Beschäftigungsprojekts AQUA erbracht wird, welches jedoch zeitlich befristet ist. Auf dem Leineberg wurde darauf hingewiesen, dass das vorhandene Angebot noch nicht allen mit einem entsprechenden Bedarf bekannt sei bzw. dass es teilweise Hürden der Inanspruchnahme gebe. Darüber hinaus gibt es in Göttingen verschiedene Anbieter die stadtteilübergreifend derartige Dienstleistungen anbieten.

Handlungsperspektiven

Mögliche Handlungsperspektiven wurden vor allem im Hinblick auf die Gestaltung und den Zugang zu Hilfs- und Unterstützungsstrukturen diskutiert, nicht in Bezug auf die Versorgung mit Gütern. Die im Folgenden in Bezug auf das Thema Grundversorgung in den Stadtteilen diskutierten Handlungsperspektiven überschneiden sich teilweise mit denen, welche im Abschnitt über pflegerische Versorgung dargestellt wurden. Hieran wird deutlich, dass sich die Gestaltung und Zugänglichkeit von Angeboten in verschiedenen Bereichen an ähnlichen „Leitprinzipien“ orientieren sollten.

¹⁵ Dies wurde nicht thematisiert, daher ist keine Aussage möglich.

Herausforderungen und Lösungsansätze in Bezug auf die Verbesserung des Zugangs zu vorhandenen Angeboten

Bestehende Angebote und vorhandene ungedeckte Bedarfe müssten teilweise besser zueinander gebracht werden, teilweise würden Möglichkeiten organisierter Formen haushaltnaher Unterstützungsleistungen nicht genutzt. Hier wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass der Zugang zu vorhandenen Angeboten häufig einer Mittlerperson bedürfe, die sowieso im Kontakt mit den älteren Menschen stehe, zur Hilfeeinanspruchnahme ermutigen und Vertrauen schaffen könne. Genannt wurden Professionelle im Bereich Pflege und Gesundheit, aber auch Gemeindemitglieder und ÄrztInnen.

Der Zugang zu den zahlreichen und stadtweiten Unterstützungsangeboten und die Kenntnis darüber müsse in den Stadtteilen stark verbessert werden. Aufklärungs- und Informationsarbeit sei sowohl direkt gegenüber älteren Menschen als auch gegenüber Stadtteilakteuren erforderlich. Zugleich sollten die vorhandenen Unterstützungsangebote in die Stadtteile geholt werden, um Brücken zu bauen. Die Workshops wurden als ein Schritt in diese Richtung bewertet, hier wurden Stadtteilakteure einerseits und Professionelle aus dem Bereich der Altenhilfe aus dem gesamten Stadtgebiet andererseits zusammengebracht, Informationen ausgetauscht und Möglichkeiten der Kooperation im Stadtteil ausgelotet.

Als weitere Herausforderung wurde benannt, dass es viele Personen gibt, die kein Wissen über ihre sozialen Rechte bzw. Finanzierungsmöglichkeiten bestimmter Unterstützungsleistungen und auch kein Wissen über Informationsmöglichkeiten (Seniorenberatung/Pflegestützpunkt der Stadt Göttingen) hätten. Daher sei es erforderlich, möglichst im Stadtteil Strukturen zur Aufklärung und Information älterer Menschen bzw. von Unterstützungspersonen weiter zu entwickeln. In zwei Stadtteilen wurde über positive Erfahrungen von und mit entsprechenden Beratungsangeboten berichtet. (siehe Abschnitte Lebensgestaltung und Soziale Bezüge)

Herausforderungen und Lösungsansätze in Bezug auf die Gestaltung und Schaffung von Unterstützungsangeboten im Bereich haushaltnaher Dienste

In allen Stadtteilen wurde darauf hingewiesen, dass die Inanspruchnahme von Alltagshilfen neben der Kenntnis möglicher Angebote und des Zugangs zu diesen insbesondere Vertrauen benötige. Ältere Menschen ließen i.d.R. nur ungern unbekannte Personen in ihre Häuslichkeit. Die Diskussionen machten deutlich, dass insbesondere der in den letzten Jahren intensiv geführte Sicherheitsdiskurs, der sich teilweise gezielt an Ältere wendet und diese zur Vorsicht gegenüber unbekanntem Personen an der Haustür oder am Telefon mahnt, Wirkungen entfaltet, die auch die Bereitschaft der Hilfeeinanspruchnahme durch „Fremde“ beeinflussen können. Um Vertrauenswürdigkeit herzustellen und zu vermitteln seien absolute Verlässlichkeit, Korrektheit und Kontinuität unabdingbar. Dies verweist auf hohe Anforderungen an die Organisation eines Angebotes ehrenamtlich erbrachter Dienstleistungen bzw. verdeutlicht die Grenzen eines solchen Angebotes.

Der Aufbau bzw. Ausbau von organisierten Formen ehrenamtlich erbrachter Alltagshilfe wurde überwiegend als sinnvoll erachtet und das Erfordernis einer professionellen Unterstützung und Begleitung hervorgehoben. Teilweise wird die Organisation ehrenamtlicher Unterstützung aber auch kritisch gesehen bzw. abgelehnt. Stadtteilakteure aus dem Bereich der Gemeinwesenarbeit wiesen vereinzelt darauf hin, dass es schwierig bzw. für sie kaum möglich sei, ein solches Angebot professionell zu organisieren und zu begleiten.

Dies sei aber erforderlich, um sicher zugehen, dass nur verlässliche und vertrauenswürdige Personen möglichst kontinuierlich in Haushalte älterer Menschen gingen. Vereinzelt wurde vorgeschlagen, den Aufbau eines gemeinwesenbezogenen Unterstützungsangebotes mit öffentlich geförderter Beschäftigung zu verbinden. Hiermit könne der Bedarf nach sinnstiftender Tätigkeit einerseits und nach niedrigschwelliger Hilfe andererseits gedeckt werden. Dies wurde teilweise kritisch bewertet vor dem Hintergrund der möglichen Verdrängung professioneller und entlohnter Angebote, auf der anderen Seite wurde hervorgehoben, dass aufgrund der Einkommensarmut einiger Personen der Zielgruppe solche Angebote keine Marktkonkurrenz darstellten.

Als Alternative zu „organisierten Formen der Nachbarschaftshilfe“ wurde in einem Stadtteilworkshop vorgeschlagen, nicht die Hilfen selber zu organisieren, sondern vermehrt Anlässe und Möglichkeiten für Begegnungen und Kennenlernen zu schaffen um damit „tatsächliche Nachbarschaften“ zu fördern. Aus solchen bestehenden sozialen Bezügen heraus sei es leichter und selbstverständlicher Hilfe anzubieten und anzunehmen, so die Vermutung. (vgl. auch Abschnitt zu sozialen Bezügen)

Als weitere Alternative zu eigenen Angebotsstrukturen im Bereich der Einkaufshilfe wurde vorgeschlagen, anknüpfend an die direkte Wohnumgebung älterer Menschen soziale Bezüge innerhalb von Wohnhäusern zu aktivieren bzw. zu organisieren, um z.B. einen gemeinsamen Einkauf zu erledigen oder aber Sammelbestellungen zu tätigen.

Thema Lebensgestaltung und soziale Bezüge

Bestandsaufnahme

Es wurde zum einen über das Zusammenleben im Stadtteil sowie die sozialen Netzwerke und Kontakte der älteren Menschen berichtet, zum anderen wurde die Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums im Hinblick auf die Ermöglichung von Kontakt und Begegnung angesprochen. Schließlich wurden Informationen über die vorhandene Infrastruktur von Begegnungs- und Beratungsangeboten zusammengetragen.

Sozialer Zusammenhalt im Stadtteil, soziale Netzwerke älterer Menschen

In allen Stadtteilrunden wurde über oftmals vorhandene und überwiegend positive Nachbarschaften und aktive soziale Bezüge älterer Menschen im Stadtteil berichtet. Auf dem Leineberg und auch auf dem Holtenser Berg wurde dies unter anderem damit in Verbindung gebracht, dass viele der jetzt älteren Menschen in der Entstehungszeit des Stadtteils gemeinsam als „Erste“ dort Wohnungen bezogen haben (teilweise Belegungsrechte von angrenzenden Firmen). Aus der mit Gleichaltrigen geteilten langen Wohndauer seien viele bis heute relevante Netzwerke entstanden. Als anderer Aspekt wurde u.a. für diese Stadtteile erwähnt, dass dort mehrere Generationen einer Familie in räumlicher Nähe lebten.

Insbesondere der Sozialdienst der Stadt habe die positive Erfahrung gemacht, dass sich häufig aufmerksame Nachbarn an ihn wendeten, wenn ein älterer Mensch offensichtlich Schwierigkeiten habe, sich selber zu versorgen. Dies wurde als positives Zeichen für eine soziale Anbindung der älteren Menschen an ihr räumliches Umfeld gewertet.

In allen Stadtteilrunden wurde jedoch die Einschätzung geteilt, dass insbesondere für die „alleingesessenen“ StadtteilbewohnerInnen vormalige soziale Bezüge durch Versterben Gleichaltriger

wegbrechen; zugleich bestehe bei manchen wenig Offenheit für Neues bzw. für die Inanspruchnahme organisierter Formen der Begegnung.

Für alle Stadtteile wird eine relevante Anzahl an isoliert lebenden und manchmal hilfebedürftigen älteren Menschen vermutet bzw. gelangen diese in Einzelfällen zur Kenntnis. Hier wird von verschiedenen professionellen und ehrenamtlichen AkteurInnen die Ansicht geteilt, dass man viele Menschen mit den vorhandenen Begegnungsmöglichkeiten und Aktivitätsangeboten nur schwer erreichen könne, zumal es sich in diesem Bereich abgesehen von kirchlichen Besuchsdiensten um Komm-Angebote handele, wo die Betroffenen den ersten Schritt gehen müssten. Viele kämen daher nur im Zusammenhang mit Arztbesuchen oder Einkäufen überhaupt in Kontakt mit anderen Menschen. Isolation und Einsamkeit wurde eher für Personen ohne Migrationshintergrund beschrieben, hingegen seien Menschen mit Zuwanderungshintergrund tendenziell stärker in ihre Familienzusammenhänge eingebunden.

Verschiedentlich wird darauf hingewiesen dass für einen Teil der Zielgruppe Einkommensarmut ein wichtiger Faktor für die Lebensgestaltung sei und das mögliche Aktivitätsspektrum deutlich einschränke. Häufig wurde auch auf den Zusammenhang zwischen Immobilität und Vereinsamung hingewiesen, viele ältere Menschen verließen aufgrund mangelnder Barrierefreiheit nicht mehr ihre Häuslichkeit.

Für die Stadtteile wurde überwiegend ein konfliktfreies Miteinander verschiedener Bewohnergruppen beschrieben. In stärkerem Maße wurde jedoch für die Weststadt und in begrenztem Maße auch für den Holtenser Berg über vorhandene Konflikte bzw. Reibungspunkte berichtet, die insbesondere unterschiedliche Vorstellungen von der Nutzung des öffentlichen Raums betreffen. Hierbei ginge es aus der Perspektive älterer Menschen ohne Migrationshintergrund vor allem um Verhaltensweisen jüngerer Migranten in der Öffentlichkeit, aber auch durch jüngere Menschen allgemein veränderte Gepflogenheiten innerhalb von Hausgemeinschaften.

In der Tendenz wurde für alle Stadtteile darüber berichtet, dass Menschen mit und ohne Migrationshintergrund oftmals keinen näheren Kontakt pflegten, das Miteinander z.B. in Wohnhäusern verlaufe aber dennoch konfliktfrei. Es wurde angemerkt, dass ältere Menschen ohne Migrationshintergrund kaum Interesse an Kontakt mit Zugewanderten hätten. So wurde z.B. vom Holtenser Berg berichtet, dass das Begegnungsangebot „Ost-West-Club“ kaum von Deutschen in Anspruch genommen werde. Es wurden aber für jeden Stadtteil auch gelungene Beispiele bestehenden Kontakts dargestellt. U.a. wurde die Einschätzung geäußert, dass in manchen migrantischen Bewohnergruppen ältere Menschen stärker geachtet würden und vor diesem Hintergrund Ältere teilweise Unterstützung durch jüngere Hausbewohner mit Migrationshintergrund erfahren. Ein Mitglied eines Nachbarschaftsvereins wies zudem darauf hin, dass Begegnungen zwischen nichtdeutschsprachigen MigrantInnen und ältere Menschen durch die tendenziell geteilte langsamere Sprechweise unterstützt werde.

Aufenthalts- und Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum

Zum einen wurden die oben dargestellten wohnortnahen Grundversorgungsstrukturen im hohen Maße als relevant für Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten älterer Menschen geschildert. So würden die vorhandenen Einkaufsstrukturen und angegliederten Bistros von älteren Menschen teilweise gezielt für Verabredungen genutzt. Als problematisch wurde allerdings der zentrale Einkaufsbereich auf dem Leineberg wahrgenommen, der aufgrund seines baulichen und hygienischen Zustands wenig Aufenthaltsqualität biete.

Auch die Gestaltung und Nutzung des gemeinsamen öffentlichen Raums hat einen relevanten Einfluss auf die alltägliche Lebensgestaltung. Die - im stadtplanerischem Vokabular sogenannte - „Aufenthaltsqualität“ ist nicht nur unter dem Aspekt der Mobilität (wie im letzten Abschnitt dargestellt wird) sondern auch unter dem Aspekt des sozialen Lebens in hohen Maße relevant. Eine hohe Aufenthaltsqualität umfasst Aufenthalts- und Begegnungsmöglichkeiten, die ältere Menschen innerhalb ihres Sozialraums niedrigschwellig, d.h. ohne besonderen Anlass, wahrnehmen können. Diese tragen umgekehrt dazu bei, dass ältere Menschen als Teil des Gemeinwesens sichtbar werden und von anderen wahrgenommen werden können. Für den Leineberg und die Weststadt wurde auf die Erfahrung hingewiesen, dass offen zugängliche und damit niedrigschwellige Geselligkeitsangebote wie z.B. Nachbarschaftsfeste gerne von älteren Menschen in Anspruch genommen werden. Es wurde die Einschätzung formuliert, dass solche Angebote eher und leichter in Anspruch genommen werden, als Angebote die unter der Überschrift „Beratung und Hilfe“ einen „defizitorientierten“ Eindruck machen würden. Neben dem Wunsch nach mehr gezielten Aktionen zur gemeinsamen Belebung und Aneignung des Wohnumfelds im Rahmen von Nachbarschaftsfesten wurde auch die dauerhafte Gestaltung des öffentlichen und damit mit anderen Bewohnergruppen geteilten Raums für alle Stadtteile als verbesserungswürdig erachtet.

Hier wurde in allen Stadtteilen die Forderung nach mehr und altersangemessenen und einladenden Aufenthaltsmöglichkeiten in Gemeinschaftsbereichen der Wohnhäuser sowie im jeweiligen „Zentrum“ gestellt. (z.B. hohe Bänke, Überdachungen, Spiele, Bouleplätze). Für den Holtenser Berg wurde berichtet, dass das Wohnumfeld im Bereich der gemeinnützigen Wohnungsbestände prinzipiell viele gestaltete Aufenthaltsmöglichkeiten (Spielplätze, Bänke) und eine gute Aufenthaltsqualität bieten würde (Verkehrsberuhigung).

Für die Weststadt und den Holtenser Berg wurde berichtet, dass aus Sicht mancher Älterer der öffentliche Raum und auch vorhandene Aufenthaltsmöglichkeiten aufgrund von Verunsicherungsgefühlen (veranlasst durch größere Ansammlungen von Jugendlichen, durch Sachbeschädigung, Müll und Hunde) teilweise nicht nutzbar seien. Es wurde deutlich, dass hier ein potentielles Spannungsverhältnis bestehen kann mit dem Anliegen, mehr Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien zu schaffen. Auf der anderen Seite wurde darauf hingewiesen, dass es sich bei Klagen über Vandalismus oft um Vorurteile handelte oder einzelne Vorfälle aus der Vergangenheit generalisiert würden.

Angebotsinfrastruktur¹⁶

Die in den Stadtteilen entwickelte soziale Infrastruktur versucht auf verschiedene Bedarfe im Bereich Begegnung, Information und Hilfe in ihrem örtlichen Umfeld zu reagieren. Welche Angebote es gibt, hängt dabei neben dem örtlichen Bedarf und vorhandenem Engagement entscheidend von Organisationsressourcen und Finanzierungsmöglichkeiten für den Aufbau und verlässlichen Betrieb eines Angebotes ab. Die Bedeutung dieser Ressourcen insbesondere für den Aufbau ehrenamtlichen Engagements wurde für alle Stadtteile deutlich. Vielfach waren soziale Angebote bzw. Begegnungsmöglichkeiten jahrzehntelang Aufgabe von Kirchen und Vereinen. Vor dem Hintergrund zunehmend ausdifferenzierter Bedarfe unterschiedlicher Bewohnergruppen, die in den Fokus stadt- und sozialplanerischer Überlegungen genommen wurden, traten insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten in manchen Stadtteilen neue Stadtteilakteure auf den Plan, die mit finanziellen Ressourcen durch spezifische Förderprogramme ausgestattet wurden. So wurden für Alt-Grone und Grone-Süd und seit kurzem auch für die Weststadt Mittel aus dem Programm Soziale Stadt für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf akquiriert. In Verbindung mit Maßnahmen aus dem Bereich der Beschäftigungsförderung sowie weiteren Fördermitteln wurden u.a. Stadtteilzentren aufgebaut. Auf dem Leineberg hat sich aus der Umsetzung eines vom Bund geförderten Leuchtturmprojekts zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements (getragen und initiiert hauptsächlich von der Stadt Göttingen, der Freien Altenarbeit und dem städtischen Diakonieverband) das Stadtteilbüro als dauerhafte Gemeinweseneinrichtung etabliert. Es wird in Trägerschaft des „Nachbarschaftsvereins“ mittlerweile auch aus kommunalen Mitteln finanziert.

Mit diesen für die Stadtteile akquirierten Ressourcen wurden in der Folge die vorhandenen Strukturen erweitert, ergänzt, verändert und teilweise auch ersetzt. Das Feld relevanter Stadtteilakteure ist damit erheblich ausdifferenziert worden. Mit den aufgebauten Stadtteilzentren wurden vorübergehende oder auch dauerhafte organisatorische und räumliche Ankerpunkte und Netzwerke für soziale Stadtteilaktivitäten geschaffen. Im Bereich der Weststadt wurde angemerkt, dass die Existenz vieler Angebote von den mit dem Beschäftigungsprojekts AQUA zur Verfügung gestellten Ressourcen abhängt und nach Beendigung des Projekts die Gefahr eines Rück- bzw. Abbaus der entwickelten Infrastruktur besteht. Vor diesem Hintergrund werden aktuell verstärkt Aktivitäten zur Beantragung weiterer Mittel entfaltet.

Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Angebote, die in den Stadtteilen auch bzw. insbesondere von SeniorInnen genutzt werden.

Tabelle 7: Angebote der Begegnung und sozialen Infrastruktur

	Leineberg	Holtenser Berg	Grone	Weststadt
SeniorInnenspezifische Begegnungsangebote				
Kirchengemeinden	X	X	X	X
In Stadtteilzentren	X		X	(X)
Andere Angebote, teilweise von Älteren genutzt				
Essen und Begegnung	X		X	(X)
Andere Angebote im Stadtteilzentrum	X		X	(X)
Sozialberatungsangebote		(X)	X	

¹⁶ Vgl. Darstellung der Stadtteile zu Beginn

Die Übersicht verdeutlicht, dass in allen drei Stadtteilen mit einem Stadtteilzentrum auch die Infrastruktur für SeniorInnen bzw. von diesen genutzter Angebote deutlich ausdifferenzierter ist. Von Seiten der Befragten im Bereich des Holtenser Bergs wird vor diesem Hintergrund auch das Fehlen eines solchen Anlaufpunktes und entsprechender räumlicher und personeller Ressourcen negativ bewertet.

In allen Stadtteilen gibt es spezifische Begegnungs- und Aktivitätsangebote für ältere Menschen. Neben den Kirchengemeinden werden solche spezifischen Angebote auch in den Stadtteilzentren angeboten. Bei den senioren-spezifischen Angeboten in den Kirchen handelt es sich eher um regelmäßige Begegnungs- und Gesprächsangebote; bei Seniorenangeboten in den Stadtteilzentren handelt es sich sowohl um Begegnungsangebote, wie z.B. das Seniorenfrühstück im Weststadtzentrum, als auch um bewegungsorientierte Angebote wie Seniorentanz und Seniorengymnastik.

Von Seiten der Kirchengemeinden wird vereinzelt berichtet, dass spezifische Angebote für ältere Menschen in der Tendenz weniger in Anspruch genommen werden bzw. deren Mitglieder versterben. Die heutige Senioren-generati-on definiert sich zunehmend über eigene Interessen und Aktivitäten, die sie eher in altersgemischten Gruppen wahrnehmen möchten. Auch in den Stadtteilzentren nehmen SeniorInnen an intergenerationell angelegten Angeboten teil (Kochen, Kultur, Handarbeiten, Spielen) , vereinzelt wird jedoch berichtet, dass es sich hierbei teilweise dennoch um Angebote handelt, die tatsächlich überwiegend von Älteren wahrgenommen werden.

Niedrigschwellige altersübergreifende Anlauf- und Begegnungsmöglichkeiten sind insbesondere die sogenannten Begegnungs- bzw. Mittagstische, die in den Stadtteilzentren regelmäßig angeboten werden. Der Beitrag für ein Mittagessen sei so gestaltet, dass er auch mit niedrigem Einkommen aufgebracht werden kann. Während für das Nachbarschaftszentrum Grone eine rege Teilnahme auch bzw. v.a. älterer Menschen berichtet wurde, wurde die Inanspruchnahme des Mittagstischangebotes durch Ältere in den anderen Stadtteilzentren, wo dieses Angebot erst in den letzten 2 Jahren eingerichtet wurde, als ausbaufähig beschrieben. Es wurde angemerkt, dass es möglicherweise Bedenken gerade älterer Menschen gebe, ein solches Angebot in Anspruch zu nehmen, weil es mit Armut („Armenspeisung“) in Verbindung gebracht werde. In der Außendarstellung sollte daher vor allem auf den Aspekt der Begegnung hingewiesen werden.

Auf dem Leineberg besteht die besondere Situation, dass auf dem Gelände der Asklepios Fachklinik bzw. von dem dortigen Sozialzentrum Begegnungs- und Aktivitätsangebote bestehen, die auch für SeniorInnen aus dem Viertel von Bedeutung sein könnten. So existiert auf dem Gelände das einzige und für alle zugängliche Cafe im Viertel, ebenso werden Kulturnachmittage angeboten. Diese Möglichkeiten würden aber nicht von umliegenden AnwohnerInnen in Anspruch genommen. Es wurde die Vermutung geäußert, dass viele Ältere Berührungsängste im Zusammenhang mit der psychiatrischen Fachklinik hätten und diese nach Möglichkeit meiden. Um diese Angebote für den ganzen Stadtteil zu erschließen, müssten „Brücken in die Burg“ geschlagen werden.

Sozialberatungsangebote u.a. zu Finanzierungsfragen im Bereich von Sozial- und Sozialversicherungsleistungen existieren aktuell lediglich in der Bethlehemsgemeinde auf dem Holtenser Berg sowie im Nachbarschaftszentrum Grone. Die Sozialberatung auf dem Holtenser Berg werde täglich angeboten und umfasse alle Fragen sozialer Leistungen sowie zu Mietfragen. Ebenso werde praktische (Übersetzungs-)Hilfe bei Formularen und Behördenschreiben angeboten.

Die Projektstelle werde aus Mitteln zur Förderung der Integration von AussiedlerInnen finanziert und richte sich insbesondere an russischsprachige Menschen; aufgrund der Befristung drohe dieses Angebot wegzufallen.

Im Nachbarschaftszentrum Grone finde einmal wöchentlich eine ehrenamtliche zu allen Fragen der Rente und Pflegeleistungen sowie Leistungen für Schwerbehinderte statt, auch dort werde praktische Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen geleistet. In den Berichten wurde deutlich, dass diese Beratungsangebote einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, Menschen wohnortnah über ihre Rechte, über Hilfs- und Finanzierungsmöglichkeiten zu informieren. Dies ist insbesondere im Alter wichtig, da hier verschiedene Leistungsbereiche potentiell relevant werden können und die Lebens- und Alltagsgestaltung zunehmend besondere Anforderungen stellt.

Handlungsperspektiven

Die angesprochenen Handlungsmöglichkeiten in den Stadtteilrunden bezogen sich überwiegend auf die Möglichkeiten der Beeinflussung der Inanspruchnahme von Angeboten durch ältere Menschen, also auf Aspekte, die von Stadtteilakteuren prinzipiell bearbeitet bzw. zumindest angegangen werden können. Bei der Förderung der Inanspruchnahme bestünden Herausforderungen einerseits auf Seiten der potentiell Nachfragenden bzw. der Zielgruppe älterer Menschen, hierbei gehe es vor allem um die Gestaltung des Zugangs für ältere Menschen zu vorhandenen Angeboten. Darüber hinaus wurden vereinzelt auch Aspekte der grundlegenden Ausgestaltung der Angebotsseite angesprochen. Ausgangspunkt der Überlegungen war die in allen Stadtteilen vorhandene Einschätzung, dass ältere Menschen in den Stadtteilen lebten, die sozial isoliert seien, aber dennoch nicht von der Vielzahl der Angebote erreicht würden.

Als mögliche Gründe der Nichtinanspruchnahme von Angeboten auf Seiten der Älteren (nachfrageseitig) wurden in allen Stadtteilen neben der mangelnden Kenntnis vor allem bei den besonders sozial bedürftigen Personen eine gewisse Scheu, Angebote in Anspruch zu nehmen, aber in erheblichem Maße auch Misstrauen und Skepsis vermutet. Auch würden vielfach Vorurteile und Abwertungen älterer Menschen gegenüber anderen Personengruppen davon abhalten, Begegnungs- und Aktivitätsangebote zu nutzen, weil sie diese als Angebote „nur für Arme“, „nur für Ausländer“ oder „psychisch Kranke“ identifizierten und zugleich mit den angesprochen Personengruppen nicht in Kontakt kommen wollten. Häufiger wurden zudem sicherheitsbezogene Ängste im öffentlichen Raum sowie Mobilitätsprobleme berichtet, die einer Nutzung von Angeboten und Veranstaltungen entgegenstehe. Als generell schwer erreichbare Zielgruppe wurden Männer beschrieben, auf dem Leineberg seien zudem MigrantInnen schwer erreichbar.

Nachfrageseitige Herausforderungen - Lösungsansätze

Vielfach wurde vorgeschlagen, eine Begleitung zu und in Angebote zu ermöglichen. Dies umfasst zum einen Aspekte des Zugangs und der Türöffnerfunktion und müsste vor allem von Personen geleistet werden, die bereits in Kontakt mit älteren Menschen stehen (Gesundheit, Pflege) und aufgrund ihrer Vertrauensstellung eine Vermittlung anregen können. Zum andern wurde die Möglichkeit angesprochen, auch praktische Begleitdienste zu und von Veranstaltungen und Treffen anzubieten, um Schwellen zu senken und einen sicheren Hin- und Rückweg zu gewährleisten. Als positives Beispiel wurden hier Abhol- und Bringdienste der Kirchengemeinden angesprochen. Sollten Stadtteileinrichtungen Ähnliches anbieten, so müsse in besonderer Weise Verlässlichkeit und Sicherheit gewährleistet sein.

Im Hinblick auf besonders schwer erreichbare Zielgruppen gelte es generell, in der Ansprache älterer Menschen und Bewerbung von Angeboten der Gemeinwesenarbeit eine Problemorientierung vermeiden. Grundsätzlich wurde es als sinnvoll erachtet, wohnortnah niedrigschwellige unverbindliche Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen und auszubauen, um das Knüpfen von sozialen Kontakten und - quasi nebenbei - von potentiellen Unterstützungsnetzwerken zu fördern. Neben Stadtteil- und Nachbarschaftsfesten sowie dem Ausbau von Aufenthalts- und Bewegungsmöglichkeiten im Wohnumfeld (hohe Bänke, Spielfelder, Bouleplatz) wurde vorgeschlagen, Kulturangebote wie Kinovorführungen, Tanztee und Theater „in die Stadtteile“ zu holen.

Im Hinblick auf die in manchen Stadtteilen schwer erreichbare Zielgruppe älterer MigrantInnen sollte verstärkt darauf hingewirkt werden, einerseits mehr Personen mit Migrationshintergrund als Ehrenamtliche oder Semiprofessionelle zu gewinnen, andererseits die Ansprache über Schlüsselpersonen bzw. Vertrauenspersonen aus den jeweiligen Communities anzuregen (Beispiel Mimi-Projekt)

Angebotsseitige Herausforderungen und Lösungsansätze

Als weitere Entwicklungsmöglichkeit im Hinblick auf die grundlegende Gestaltung der Angebotsinfrastruktur wurde in verschiedenen Stadtteilen vorgeschlagen, dass über die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen die Institution von „Hauskümmerern“ innerhalb der einzelnen Wohnhäuser angeregt werden sollte, die als Ansprechpartner fungieren und umgekehrt Informationen an innerhalb der Häuser vermitteln könnten. Teilweise gebe es bereits solche Personen bzw. Funktionen in den Wohnhäusern, die bislang allerdings eher als HaussprecherInnen gegenüber den jeweiligen Unternehmen fungierten und eher keine sozialen Funktionen wahrnehmen. In Grone mit einem Wohnungsbestand überwiegend in privater Hand wurde angemerkt, dass die Möglichkeit der Kooperation mit dem entsprechenden Wohnungsunternehmen nicht bestehe.

Als eine häufige Schwierigkeit wurde die schwierigere Erreichbarkeit von Männern durch Gemeinwesenangebote angesprochen. Hierzu wurde verschiedentlich angemerkt, dass viele Angebote sich (vor dem Hintergrund geschlechtsrollentypischer Interessenslagen) faktisch eher an Frauen richteten und von diesen auch wahrgenommen würden. Aus der Weststadt wurde berichtet, dass es im Bereich der Reparatur von Fahrrädern teilweise auch gelungen sei, ältere Männer als Ehrenamtliche zu gewinnen.

Für den Holtenser Berg wurde die Einrichtung eines Stadtteil- und Familienzentrums ähnlich den Stadtteilzentren in anderen Stadtteilen gefordert. Der Bedarf sei insbesondere vor dem Hintergrund spezifischer Bedarfe von AussiedlerInnen sehr groß, viele Aktivitäten zur Förderung des sozialen Zusammenhalts könnten nicht (allein) von bzw. innerhalb der Gemeinde geleistet werden, zumal aufgrund der konfessionellen Ausrichtung sich nicht alle Bewohnergruppen angesprochen fühlten. In der entsprechenden Stadtteilrunde wurden bereits Optionen der Realisierung angesprochen, so stehe im Zentrum eine 400 qm große Fläche (zurzeit Regalladen) leer.

Ein solches Stadtteilzentrum sollte für alle Generationen Begegnungs- Austausch- und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie gemeinsame Aktivitäten bieten sowie zugleich Hilfestellung und Beratung in schwierigen Lebenssituationen leisten (Schuldnerberatung, Formularhilfen). Von Seiten des örtlichen Wohnungsbauunternehmens wurde die Möglichkeit der Zusammenlegung von Wohnungen im Sinne eines „Mietercafés“ angesprochen.

Thema Mobilität

Bestandsaufnahme

Auch das Thema Mobilität war für viele der Befragten gerade im Hinblick auf die Lebensqualität Älterer von Bedeutung.

Zum Thema Mobilität ist zunächst zu fragen „wie komme ich in den Stadtteil“ und „Wie komme ich weg?“ – „Wie ist meine Möglichkeit, den Stadtteil zu verlassen und wieder zurück zu kehren?“ Zum Thema Ältere als Autofahrende gab es kaum Beiträge, hingegen kam das Thema Busfahren immer wieder zur Sprache. Insgesamt äußerten sich die Befragten sehr zufrieden mit der Busanbindung aller Stadtteile. Die Taktung sei gut bzw. sehr gut, am ehesten besteht die Sorge, dass sich am aktuellen Zustand etwas zum Schlechteren ändern könnte. Die Befragten nennen einige Verbesserungsvorschläge, die vor allem den Busverkehr abends, an den Wochenenden, und vor 10 Uhr betreffen. Es wurde deutlich, dass für die älteren Menschen in den Stadtteilen nicht nur die Wege in die Innenstadt relevant sind, sondern insbesondere eine gute Anbindung nach Weende – wegen des dortigen Friedhofs und der Krankenhäuser, aber auch zum Kaufpark und zum Seniorenzentrum in Alt-Grone. Daher sind auch passende Umsteigemöglichkeiten wichtig und insbesondere für ältere Menschen in Grone-Süd nicht immer gegeben. Die Verbindung der Stadtteile zu den umliegenden Stadtteilen ist sehr unterschiedlich. Während der Leineberg innenstadtnah liegt und auch mit dem Fahrrad und zu Fuß gut erreicht werden kann, werden die Wege für den Holtenser Berg als beschwerlich (u.a. wegen des schlechten Wegebelags), weit und umständlich beschrieben.

Weiter ist zum Thema Mobilität zu fragen, „Wie kann ich mich in meinem Stadtteil bewegen?“ „Wie komme ich von meiner Wohnung zu für mich wichtigen Zielen?“ Ein Thema, das in Grone und auf dem Holtenser Berg diesbezüglich zur Sprache kam, ist die Ausstattung mit Bänken (vgl. Abschnitt zu sozialen Bezügen). Bänke – und entsprechend geeignete – d.h. hohe Bänke - sind für ältere Menschen für Ruhepausen nötig und aus Sicht der Teilnehmenden in diesen Stadtteilen nicht ausreichend vorhanden. Auf dem Holtenser Berg war ein wichtiges Thema das Fehlen einer öffentlichen Toilette im Einkaufsbereich (und entsprechende hygienische Folgeprobleme). Dabei sei gerade für Ältere die Möglichkeit des Toilettenbesuchs für die Planung von Wegen wichtig und nicht selten sei die Mobilität von fehlenden Toiletten eingeschränkt.

Die Fortbewegung im eigenen Stadtteil ist davon geprägt, wie sicher sich ältere Menschen als FußgängerInnen fühlen. Konkret als problematisch geschildert wird für den Holtenser Berg und für die Weststadt, dass Tempo 30 Zonen bzw. Spielstraßen keine ausreichende Sicherheit für Menschen zu Fuß und auf dem Rad gewährleisten. Aus beiden Stadtteilen wurde von häufigen Geschwindigkeitsübertretungen berichtet, zudem davon, dass in solchen verkehrsberuhigten Bereichen Überwege nicht als solche wahrgenommen würden, nicht existieren bzw. sogar abgebaut worden seien. Maßnahmen zum Schutz der FußgängerInnen erfüllten nach Auskunft einiger Befragter nicht ihren Zweck. Es wurde weiter auf fehlende Gehwege (Holtenser Berg), auf

zugeparkte oder baulich mangelhafte Gehwege (Weststadt) hingewiesen. In der Weststadt wurde kritisiert, dass gangunsichere Personen auf kombinierten Rad- und Fußwegen in der Konkurrenz verschiedener Nutzergruppen leicht ins Hintertreffen gerieten. Weitere Probleme beträfen kurze Ampelphasen und Probleme beim Winterdienst.

Schließlich hat die eigene Beweglichkeit im öffentlichen Raum auch etwas mit dem Sicherheits-erleben zu tun, damit, wie sicher oder unsicher man sich im öffentlichen Raum fühlt, welche Bereiche, welche Uhrzeiten als sicher und als unsicher erlebt werden (vgl. auch Abschnitt zu sozialen Bezügen). Lediglich auf dem Leineberg war dieser Aspekt kein Thema, in allen anderen Stadtteilen kamen sicherheitsbezogene Aspekte zur Sprache. Für die Weststadt war von Bereichen die Rede, in denen ältere Menschen nur ungern unterwegs sind, weil sie dort Angst haben; es wurde auch davon berichtet, dass freilaufende Hunde älteren Menschen Angst machen. Sowohl in Grone als auch auf dem Holtenser Berg war Thema, dass Gruppen von Jugendlichen auf der Straße oder im Ladenzentrum bei älteren Menschen z.T. Unsicherheitsgefühle auslösen. Verbindungen zu Sachbeschädigungen und Müllaufkommen werden geschildert. Auch wenn immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass solche Ängste eigentlich kaum berechtigt seien und es sich häufig um Vorurteile handle, beeinflussen den Aussagen der Befragten zufolge solche Ängste doch die Mobilitätsentscheidungen älterer Menschen manchmal erheblich.

Handlungsperspektiven

Die diskutierten Handlungsmöglichkeiten schließen direkt an die beschriebenen Probleme an – die Möglichkeiten zur Behebung der Missstände liegen in vielen Bereichen auf der Hand, in anderen sind sie schwieriger, auch weil unklar ist, welche Maßnahmen eigentlich helfen würden und ob diese tatsächlich notwendig sind. Auf nur wenige der genannten Aspekte haben die Akteure vor Ort direkt Einfluss. Es ging daher in der Diskussion auch um Möglichkeiten der Einflussnahme über Gremien oder relevante Einzelpersonen bzw. durch direkten Protest (Ortsrat, Seniorenbeirat, Suche nach Sponsoren für Bänke, Sanierungsgruppe).

Grundsätzlich wurde eine effektive Verkehrsberuhigung gewünscht, die einerseits mit mehr Polizeipräsenz und Geschwindigkeitskontrollen durchgesetzt werden sollte, vielleicht aber auch mit anderen Verkehrskonzepten (Shared Space)¹⁷, die auf freiwillige Rücksichtnahme und gleichberechtigte Teilnahme aller Verkehrsteilnehmenden bei Rückgang der Regelungsdichte setzen. Ein solches Konzept sei gerade auf dem Holtenser Berg als abgeschlossenem Stadtteil ohne Durchgangsverkehr gut zu realisieren. In Bezug auf Ampelphasen wurde angeregt, durch Sonderschaltungen längere Ampelphasen für Bedürftige technisch zu ermöglichen. Ein weiterer Vorschlag war die Einführung ermäßigter Kurzstreckentickets, da insbesondere ältere Menschen häufig auch kürzere Wege nur mit dem Bus zurück legen könnten und dafür den vollen Preis bezahlen müssten. Für den Holtenser Berg wünschten sich Befragte, dass vor dem Einkaufszentrum kurzfristige Parkmöglichkeiten angeboten werden, damit ältere Menschen ihre Autos leichter beladen können nach dem Einkauf bzw. für die Zeit des Arztbesuchs in der Nähe der Praxis parken können. Bänke – so eine Idee – sollten möglicherweise durch Sponsoren finanziert werden.

Bezogen auf das Sicherheitsempfinden wurde vorgeschlagen, über Möglichkeiten zugehender Jugendarbeit nachzudenken.

¹⁷ Informationen zu diesem Konzept z.B. über <http://www.netzwerk-sharedspace.de/>

Seniorenpolitischer Ziel- und Maßnahmenkatalog

Im folgenden Abschnitt werden die in den Stadtteilworkshops herausgearbeiteten Bedarfe und Handlungsempfehlungen zu den einzelnen Themenbereichen in Form eines Ziel- und Maßnahmenkatalogs zusammengestellt. Im Anschluss daran werden einzelne Handlungsfelder und Ansätze durch die Autorinnen dieses Berichts herausgegriffen, kommentiert und Hinweise für ihre Umsetzung angesprochen.¹⁸

Bei vielen der vorgeschlagenen Maßnahmen wird deutlich, dass die Stadt Göttingen nicht die einzige für die Umsetzung verantwortliche Akteurin sein kann. Einige Vorschläge lassen sich vor Ort durch die beteiligten Akteure eigenständig realisieren. Bei anderen Maßnahmen bedarf es allerdings der Unterstützung durch die Kommune. Die Kommune ist bei vielen der hier vorgeschlagenen Maßnahmen in ihrer Rolle als Koordinatorin und Initiatorin von Vernetzungsmaßnahmen, als Vermittlerin und Moderatorin zwischen verschiedenen Akteursgruppen im Sinne eines „Infrastrukturmanagements“ adressiert. Im Sinne der kommunalen Moderationsfunktion kann es daher z.B. sinnvoll sein, über entsprechende Gremien dafür Sorge zu tragen, dass die genannten Impulse/ Veränderungsvorschläge von Verantwortlichen für und in den Quartieren aufgegriffen werden.

Mit einigen der vorgeschlagenen Maßnahmen ist die Kommune v.a. als Verantwortliche für die langfristige Entwicklung und Umsetzung einer seniorenpolitischen Gesamtstrategie angesprochen. Insbesondere im Hinblick auf die Bereiche Wohnen und Mobilität ist eine grundsätzliche Verknüpfung mit und eine Integration von Aufgaben der „Altenhilfe“ in sämtliche Prozesse der Stadtentwicklungsplanung (z.B. im Rahmen der Umsetzung von Programmen wie die „Soziale Stadt“) unabdingbar. Dies ist ein langfristiger Prozess, der nicht nur auf Stadtteilebene ansetzen kann.

Beides, sowohl die Wahrnehmung der Planungs- als auch die Moderations- und Koordinationsfunktion erfordert die Bereitstellung entsprechender Ressourcen, um die Herausforderungen des sozialstrukturellen, demografischen und kulturellen Wandels im Sinne aller heute und zukünftig älteren Menschen in Göttingen gerecht werden zu können. (vgl. VSOP 2009)

¹⁸ Wenn in Klammern hinter der Maßnahme kein konkretes Viertel angegeben ist, gilt als Maßnahme für alle untersuchten Stadtteile.

Vorschläge aus den Workshops

Thema Wohnen

- Angebot barrierearmen und kostengünstigen Wohnens vergrößern (Zugang zu, Ausstattung der Wohnungen)
- Systematische Bestandsaufnahmen von Zugangshürden in Fluren und den Außenbereichen und gezielte Bearbeitung der Probleme (z.B. Zugang zu Fahrstühlen, Rampen), Schwerpunkt bei Sanierungen auf Ausstattung mit Aufzügen
- Erschließungsmöglichkeiten von Hochparterrewohnungen ausloten (Rampen, Treppenlifter)
- Informationsstand der Akteure vor Ort und der BewohnerInnen der Stadtteile zum Thema Wohnraumanpassung / Finanzierungsmöglichkeiten verbessern
- Verbesserung der Qualität des Wohnungsbestands in der Weststadt
- Förderung unterstützter Wohnarrangements: Konzeption neuer Wohnmodellen (s. dazu auch Thema Pflege)
 - gemeinschaftliches und zugleich selbstbestimmtes Wohnen
 - generationengemischte Wohnformen
 - Umbau von einzelnen Häusern der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen – barrierearme Wohnungen mit angebotenen Unterstützungsstrukturen (z.B. Pflegedienst im Erdgeschoss)
- Prüfen der Einflussnahmemöglichkeiten der Kommune auf private Vermieter: verbesserte Ansprechbarkeit für Belange der MieterInnen bezogen auf Wohnungsmängel, barrierearme Gestaltung, Umzugswünsche im Bestand (Grone Süd, Weststadt)
- Barrierearme (Um-)Gestaltung von Häusern als Thema in Planungsprozesse integrieren (z.B. „Soziale Stadt“ (Weststadt)
- Stärkere Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei zukünftigen Bauvorhaben

Thema Pflege/Gesundheit

- Entwicklung von kleinräumigen stationären Pflegeangebote im Quartier
 - Anbindung an soziale Angebote im Quartier
 - kleinere Einheiten schaffen („Pflege-WG“ oder „Demenz-WG“)
 - Alternative Versorgungskonzepte entwickeln, Übertragbarkeit von guten Beispielen aus anderen Kommunen prüfen

- Prüfung der Möglichkeit teilstationärer Angebote im Quartier
- Versorgung älterer aktuell / ehemals Wohnungsloser: Sensibilisierungs- und Schulungsbedarf (Holtenser Berg)
- Sicherung der Versorgung mit Apotheken und ÄrztInnen vor Ort
- Informationslage der Stadtteilakteure und BewohnerInnen verbessern in Bezug auf
 - Angebote der Pflegeberatung (Seniorenberatung / Pflegestützpunkt)
 - Angebote der Beratung zu Wohnraumanpassung (Stadt, Freie Altenarbeit e.V.)
 - geeignete und vertrauenswürdige Pflegedienste
- Beratungsangebote und Informationsveranstaltungen zu Finanzierungsmöglichkeiten von Leistungen in den Stadtteilen
- Mehr Informationen durch ÄrztInnen und Überleitungspflege
- Verbesserte Information und Versorgung für Menschen mit Migrationshintergrund
 - (vergütete) muttersprachliche Türöffner-, Übersetzungs- und Begleitungsangebote
 - Muttersprachliche Information über medizinische Versorgungsmöglichkeiten
 - Stärkere Einbeziehung von Personen mit Migrationshintergrund in bestehende semiprofessionelle Betreuungsdienste (Demenzhilfe der Diakonie)
 - Information und Ansprache bestehender Gruppen/ Gemeinden
- Stadtteilzentren als Anker für bestehende stadtweite Dienste nutzen (z.B. Demenzhilfe)
- Ausbau von Hausbesuchen nach dem Modell der nichtärztlichen Praxisassistenz (Beispiel Holtenser Berg)

Thema Grundversorgung

- Informationen über Unterstützungsmöglichkeiten / Finanzierung von Diensten in die Stadtteile holen/ bringen (z.B. Seniorenservicebüro)
- Möglichkeiten und Grenzen des Angebots ehrenamtlicher Alltagshilfe ausloten
- Ressourcen für Organisation und Begleitung ehrenamtlicher Alltagshilfen – Gewährleistung von Kontinuität, Verlässlichkeit, Sicherheit
- Ermöglichungsstrukturen und Anlässe für die Förderung „echter Nachbarschaften“ schaffen als Ausgangspunkt für Hilfeinanspruchnahme

- Verknüpfungsmöglichkeiten mit öffentlich geförderter Beschäftigung prüfen
- Aktivierung und Initiierung gegenseitiger Hilfe in Wohnhäusern (gemeinsamer Einkauf, Sammelbestellung)

Thema Lebensgestaltung und soziale Bezüge

- Begleitdienste von und zu Veranstaltungen (Mobilität, Sicherheit)
- Brücken bauen zu vorhandenen Begegnungsangeboten im Stadtteil (Mittagstische, Angebote der Asklepios Fachklinik auf dem Leineberg) über MittlerInnen
- Defizitorientierung, Stigmatisierung vermeiden, positive Begegnung in den Vordergrund stellen
- Wohnortnahe niedrigschwellige und unverbindliche Begegnungsmöglichkeiten/ Aktivitätsangebote ausbauen (Nachbarschaftsfeste, Stadtteilbegehungen), Aufenthaltsmöglichkeiten im Wohnumfeld durch hohe Bänke, Spielfelder, Parcours
- Kulturveranstaltungen in die Stadtteile holen und altersgerecht anbieten (Pausen)
- Einrichtung eines Stadtteil- und Familienzentrums auf dem Holtenser Berg
- Einrichtung eines Mietercafes (Holtenser Berg)
- Ältere Männer als Zielgruppe bedenken

Thema Mobilität

- Busverkehr
 - Einführung ermäßigter Kurzstreckentickets
 - Verbesserte Anbindung vor 10 Uhr, abends und an den Wochenenden
 - Umsteigemöglichkeiten nach Weende, zum Kaufpark und zum Seniorenzentrum in Alt-Grone (Grone Süd) verbessern
- Bessere Wegequalität in die umliegenden Stadtteile (Holtenser Berg)
- Möglichkeit des Kurzzeitparkens im Einkaufsbereich (Holtenser Berg)
- Bessere Ausstattung des Wohnumfeldes mit hohen, überdachten Bänken
- Öffentliche Toilette im Einkaufsbereich einrichten (Holtenser Berg)
- Sicherheit im Straßenverkehr
 - Erhöhte Verkehrssicherheit für Unmotorisierte durch Tempo 30 Zonen bzw. Spielstraßen – effektive Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen

(Holtenser Berg, Weststadt) – bauliche Maßnahmen der Verkehrsberuhigung, Polizeipräsenz

- Bessere Kennzeichnung von Überwegen, Schaffung von Überwegen (Holtenser Berg, Weststadt)
- Durchsetzung von Parkverboten auf Gehwegen (Weststadt)
- Verbesserte bauliche Qualität der Gehwege
- Sicherheit bei fehlenden Gehwegen gewährleisten
- Sicherheit auf kombinierten Rad- und Fußwegen erhöhen (Weststadt)
- Ampelphasen verlängern – Sonderschaltungen technisch ermöglichen
- Innovative Verkehrskonzepte in Erwägung ziehen z.B. Shared Space auf dem Holtenser Berg erproben
- Sicherheitserleben im öffentlichen Raum verbessern
 - Ängste reduzieren durch Begegnung und Abbau von Vorurteilen zwischen verschiedenen Generationen und Bevölkerungsgruppen
 - Maßnahmen gegen Sachbeschädigungen ergreifen
 - Realistisches Bild tatsächlicher Sicherheitslage fördern
 - Angebote und zugehende Sozialarbeit für Jugendliche (Holtenser Berg)

Themenübergreifende Leitlinien

- Verbesserung des Zugangs zu vorhandenen Unterstützungs- und Freizeitangeboten durch Vertrauensbildung und Mittlerpersonen als Türöffner (Pflege, Gesundheit, Gemeinden)
- Vorhandene stadtweite Angebote (z.B. Demenzhilfe, Seniorenservicebüro, Beratung der Stadt Göttingen) in die Stadtteile holen, vor Ort verankern oder bekannt machen
- Information und Beratung von Älteren und Stadtteilakteuren über seniorenspezifische Unterstützungsmöglichkeiten (Pflege, Wohnen, Versorgung) und Finanzierungsmöglichkeiten durch Informationsveranstaltungen und Sozialberatungsangebote
- Vernetzung der Akteure der Stadtteilarbeit/ Gemeinwesenarbeit einerseits und Akteuren der Seniorenarbeit und Pflege andererseits
- Initiierung von „Hauskümmerern“ als AnsprechpartnerInnen und InformationsvermittlerInnen

Diskussion ausgewählter Handlungsfelder und Maßnahmen

Grundsätzlich sind alle oben benannten Ziele und Maßnahmen daraufhin zu prüfen, ob sie prioritär angegangen werden sollten, welche Akteure dafür zuständig sind bzw. eingebunden werden sollten und wie sie umgesetzt werden könnten. Hier sind Planungsprozesse unter Einbindung vieler Akteure notwendig. Eine Anlaufstelle für ältere Menschen sollte die Koordination übernehmen.

Versorgung, Unterstützung und Pflege bei Hilfebedarf, angemessene Wohnmöglichkeiten, die Möglichkeit sich in und außerhalb des Stadtteils zu bewegen und soziale Teilhabe sind die Voraussetzungen für einen Verbleib im Stadtteil. Funktionale Einschränkungen mit dem Alter erfordern Anpassungen des Umfeldes an die veränderten Bedürfnisse und Bedarfe. Diese sind individuell sehr verschieden, Bedarfe und Bedürfnisse bestehen nicht in jedem dieser Bereiche gleichermaßen und nicht immer gleichzeitig, auch können einmal bestehende Bedarfe auch wieder zurückgehen; aber aus Sicht der Älteren gehört all dies zusammen. Die meisten älteren Menschen wollen wissen, dass sie auch dann noch vor Ort bleiben können, wenn die Kräfte nachlassen. Für die Perspektive des Verbleibs im Stadtteil – so ein Ergebnis der Workshops – ist daher der Unterstützungsbedarf stets ein von Seiten der Älteren ganzheitlich gedachter, die Unterscheidung von pflegerischen und vorpflegerischen Bedarfen ist nicht relevant, da die Übergänge unscharf sind bzw. die Aussichten auf die späteren Möglichkeiten einer pflegerischen Versorgung auch schon die aktuelle Lebensgestaltung beeinflussen können. Für viele ältere Menschen verändern sich Hilfe- und Unterstützungsbedarfe nur langsam; bei anderen führen akute Erkrankungen und Stürze / Unfälle zu einem sofort veränderten Unterstützungsbedarf.

Wohnungen und Wohnumfeld barrierearm gestalten

Mit dem Rückgang körperlicher und geistiger Fähigkeiten verändern sich Anforderungen an die Gestaltung der Wohnung und des Wohnumfelds. Die eigene Mobilität und der Grad des Unterstützungsbedarfs hängen direkt mit der Gestaltung der Wohnung und des Wohnumfelds zusammen. In den Stadtteilworkshops wurde deutlich, dass hier Bedarfe gesehen werden, die in Göttingen und auch in den Stadtteilen bereits adressiert werden. Allerdings besteht hier nach wie vor Handlungsbedarf.

Das Ziel des Ausbaus des Angebots barrierearmer und für eine Vielzahl älterer Menschen bezahlbarer Wohnungen sollte in allen Maßnahmen und städtischen Verfahren, die die soziale und bauliche Stadtentwicklung betreffen, integriert sein. Kommune, gemeinnützige Wohnungsgesellschaften, Wohnungs-Genossenschaften und soweit möglich privatwirtschaftliche Wohnungswirtschaft sollten den Ausbau von barrierearmen Wohnungen und die bereits barrierearmen Wohnumfelder als gemeinsames und prioritär zu bearbeitendes Vorhaben angehen. Auf dem Leineberg und auf dem Holtenser Berg bewirtschaften städtische und genossenschaftlich organisierte Wohnungsunternehmen den größten Teil des Wohnungsbestands in Mehrfamilienhäusern. Die Ausgangsbedingungen sind in diesen Stadtteilen vergleichsweise gut. Hier könnte es zu einer stärkeren Abstimmung der Akteure miteinander kommen. Notwendig ist ein Überblick über den Bestand an, die Nachfrage nach und die Planungen bzgl. des Ausbaus barrierearmer Wohnungen auf der Grundlage von Daten zum Wohnungsbestand und Mieterbefragungen. Mit Mieterbefragungen lassen sich auch systematische Bestandsaufnahmen von mit geringem oder mittlerem Aufwand überwindbaren Zugangshürden in Fluren und den Außenbereichen vornehmen und entsprechende Maßnahmen initiieren.

Eine Anlaufstelle soll für eine verbesserte Informationslage der älteren Menschen über Möglichkeiten des altersgerechten Umbaus von Wohnungen in den Stadtteilen informieren.

Privatwirtschaftliche Wohnungsunternehmen in die Pflicht nehmen

Insbesondere im Kontext der Umsetzung des Programms Soziale Stadt ist bundesweit die Schwierigkeit angesprochen worden, privatwirtschaftliche Wohnungsunternehmen in Stadtentwicklungsprozesse einzubinden bzw. diese als kooperative Akteure stadt- und sozialplanerischer Aktivitäten zu gewinnen. In Göttingen wurde dies sowohl für Grone Süd als auch teilweise die Weststadt berichtet. Die Problematik geringer Einflussmöglichkeiten auf privatwirtschaftliche Wohnungsunternehmen verschärft sich erfahrungsgemäß, wenn es sich um kapitalmarktorientierte Unternehmen handelt, die keinerlei Bindung zur Örtlichkeit aufweisen. (vgl. Kotlenga & Müller 2013) In den Workshops wurde von einer mangelnder Kooperation entsprechender Unternehmen im Zusammenhang mit barriere-reduzierenden Umbaumaßnahmen berichtet, über mangelnden Service und ausbleibende Aktivitäten bei anfallenden Wohnungsmängeln und schließlich fehlerhafte Abrechnungen.

Verknüpfung von Pflege, Unterstützung und Wohnen: neue Modelle denken – erfolgreiche Modelle übertragen

Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner der untersuchten Stadtteile – so die Befragten - möchten auch dann im Stadtteil bleiben, wenn sie Unterstützung und Pflege benötigen. Allein barrierearme Wohnungen und ein barrierearmes Wohnumfeld reichen nicht aus. Hier können und müssen professionelle, semiprofessionelle und ehrenamtliche Kräfte Hilfe und Pflege vor Ort leisten. Zunehmend gefragt sind daher Modelle, die von Wohnarrangements mit angebundenen Unterstützungsstrukturen bis hin zu stationären Pflegeangeboten „Versorgungsketten“ im Quartier bieten. Es ist weiter und mit zunehmender Anstrengung zu prüfen, wie Betreuungsangebote, teilstationäre Pflegeangebote und kleinere Einheiten („Pflege-WG“ oder „Demenz-WG“) in den Stadtteilen weiterentwickelt werden könnten. Die gezielte Suche nach übertragbaren Modellen ist vordringlich. Da es in Göttingen aktuell ein Überangebot an Pflegeheimplätzen gibt, ist dies eine langfristige Aufgabe. Die Workshops zeigten aber, dass Pflege im Quartier und darüber die Möglichkeit einer sozialen Anbindung an den Stadtteil im hohen Maße im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner sind. Eine Umsetzung erfordert ein konzertiertes Vorgehen von Pflegekassen, Wohnungswirtschaft und freien Trägern von Unterstützungs- und Pflegeleistungen. Entsprechende Arbeitsstrukturen sind zu nutzen oder zu schaffen.

Ankerpunkte schaffen

Der Vergleich zwischen den Stadtteilen zeigt, dass die verfügbaren Angebote und die Nutzung durch ältere Menschen nicht nur vom lokalen Bedarf und vorhandenem Engagement abhängen, sondern von lokal vorhandenen dauerhaften „Ermöglichungsstrukturen“. Diese schaffen niedrigschwellige Gelegenheiten zur Angebotsnutzung, sie fördern Begegnung und auch Engagement und können im besten Falle gemeinsam von verschiedenen Bevölkerungsgruppen eigensinnig und vielfältig angeeignet werden. Es braucht allerdings Räume und Organisationsressourcen (und damit finanzieller Unterstützung) für den Aufbau und Betrieb solcher Ankerpunkte, um Angebote zu entwickeln, einen niedrigschwelligen Zugang zu schaffen, freiwilliges Engagement zu fördern und professionell zu begleiten. Mit den aufgebauten Stadtteilzentren in Grone-Süd, der Weststadt und dem Leineberg wurden entsprechende Ankerpunkte für Netzwerke und soziale Stadtteilaktivitäten geschaffen. Deren Relevanz auch für den Aufbau einer alternsgerechten Angebots- und Versorgungsinfrastruktur wurde insofern deutlich, dass in allen drei Stadtteilen die verfügbaren Angebote für SeniorInnen deutlich ausdifferenzierter sind.

Der von den StadtteilakteurInnen des Holtenser Bergs geforderte Aufbau eines Stadtteil- und Familienzentrums ist vor diesem Hintergrund im Hinblick auf seine Umsetzbarkeit zu prüfen, zumal für diesen Stadtteil ein besonderer Bedarf an sozialer Unterstützung und an Förderung des sozialen Zusammenhalts gesehen wird. Es wurde deutlich, dass eine Integration senioren-gerechter Angebote und das Aufgreifen altersspezifischer Anliegen dabei grundsätzlich im Rahmen einer prinzipiell intergenerationellen Ausrichtung erfolgen sollte - insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Zuge der Diversifizierung von Lebenslagen und Interessen SeniorInnen zunehmend weniger ausschließliche „Seniorenangebote“ nutzen. Im Falle weiterer Überlegungen und Planungen sollte auf die Einbindung möglichst einer Vielzahl und Vielfalt vorhandener Akteure geachtet werden, um die je spezifischen Ressourcen nutzen zu können.¹⁹

Informationslage verbessern – Zugänge zu bestehenden Angeboten eröffnen

Es wurde deutlich, dass die Informationslage in den Stadtteilen im Hinblick auf viele Aspekte verbessert werden sollte. In den durchgeführten Workshops konnten wesentliche Informationen über senioren-spezifische Versorgungsleistungen, Angebote und Finanzierungsmöglichkeiten an die vor Ort tätigen Stadtteilakteure vermittelt werden. Der Ansatz der Verbreitung von Informationen über MultiplikatorInnen sollte ggfls. systematisiert und stadtweit übertragen werden. Zum anderen sollten Informationsmöglichkeiten für die BewohnerInnen in die Stadtteile „geholt“ bzw. gebracht werden. Hierfür sollte die Infrastruktur der Stadtteile genutzt werden, die bestehenden lokalen Angebote und Stadtteilzentren können als Anker dienen. In Grone Süd und auf dem Holtenser Berg hat sich die Einrichtung einer Sozialberatungsstelle als sehr hilfreich erwiesen, um Menschen über Leistungen und Finanzierungsmöglichkeiten aufzuklären. Es gilt, entsprechende Strukturen nach Möglichkeit zu fördern und zu verstetigen bzw. vor Ort anzuregen. Auch können punktuelle Informationsveranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen sinnvoll sein, hierfür könnte eine Kooperation zwischen Stadtteilakteuren, BeraterInnen der Sozialversicherungen bzw. der städtischen Seniorenberatung etabliert werden.

Eine besondere Herausforderung ist die verbesserte Information und Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund. Hier ist der quartiersbezogene Ansatz in besonderem Maße vielversprechend, wie er z.B. im Nachbarschaftszentrum in Grone und anderen Einrichtungen im Sozialraum (z.B. Eltern-Kind-Zentrum) praktiziert wird. Sowohl die stärkere Einbeziehung von Personen mit Migrationshintergrund in bestehende semiprofessionelle Betreuungsdienste (Demenzhilfe der Diakonie) als auch die Etablierung von (vergüteten) muttersprachlichen Türöffner-, Übersetzungs- und Begleitungsangeboten werden eher funktionieren über eine etablierte Infrastruktur vor Ort, die in anderen Belangen bereits eine wichtige Anlaufstelle ist.

Stadtteil- und Beteiligungsorientierung

Aus Sicht von Zoom e.V. ist die mit dem hier begonnenen Prozess gewählte Fokussierung auf den jeweiligen Sozialraum insbesondere bei der Zielgruppe der älteren Menschen prinzipiell sinnvoll. Der Sozialraum gilt als der „zentrale Umweltbereich des Alter(n)s“ (Rüßler & Stiel 2014, Abschnitt 1). Dem Wohnquartier und der Wohnung kommt mit zunehmenden Alter und damit oft zurückgehender Mobilität nach der Erwerbsphase bzw. auch durch Mobilitätseinschränkungen eine starke Bedeutung als lebensweltlicher Sozialraum zu. Gleichzeitig sollte berücksichtigt werden, dass nicht alle vor Ort sichtbaren Herausforderungen und Bedarfe auch auf dezentraler Ebene

¹⁹ So wurde z.B. von Seiten der Diakonischen Gesellschaft Wohnen und Beraten mbH die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und gemeinsamer Konzeptentwicklung signalisiert.

gelöst werden können und sollten. Bestimmte Angebote und Strukturen sollten vielmehr übergreifend vorgehalten werden, aber dezentrale Anknüpfungspunkte nutzen können.

Die gewählte Methode der Bedarfserhebung hat zwei Funktionen erfüllt: Zum einen ging es um die Identifikation von Handlungsbedarfen, um die Generierung von Wissen, zum anderen haben die Ansätze teilweise auch die Funktion bzw. den Effekt gehabt, Ressourcen für eine altersgerechte Gestaltung des Sozialraums zu aktivieren bzw. vorhandene zu nutzen. Dieser Prozess beschränkte sich bislang auf professionelle und semiprofessionelle ExpertInnen. Im Falle der Fortsetzung des Prozesses sollte in Erwägung gezogen werden, verstärkt auch ältere BewohnerInnen aus den Stadtteilen selber in den Prozess der Bedarfserhebung und der Identifizierung von Handlungsbedarfen einzubeziehen. Hierbei sind unterschiedliche Methoden nutzbar, die sich in ihren Stärken und Schwächen gegenseitig ergänzen könnten. (vgl. Rüzler & Stiel 2014) Als sinnvolles Instrument der Förderung von Beteiligung auch älterer Menschen haben sich offene Stadtteilkonferenzen erwiesen, die durch ihren kommunikativen Charakter neben der Generierung von Wissen vor allem auch weitere Partizipationspotenziale aktivieren können. Allerdings erweisen diese sich oftmals als selektiv, weil der Zugang als Komm-Struktur angelegt und damit hochschwellig ist. Als weiteres Instrument könnten standardisierte Befragungen älterer Menschen (mündlich/ schriftlich) zum Einsatz kommen. Dies eignet sich vor allem in Wohnungsbeständen in der Hand kooperierender Wohnungsunternehmen, die bei der Versendung von Fragebögen unterstützen können. Standardisierende Befragungen sind weniger selektiv als Einladungen zu kommunikativen Beteiligungsformaten, bieten dafür aber weniger Möglichkeiten, in Austausch zu treten und sind von der Themenwahl her eingeschränkt. Als weitere zielführende Ansätze zur Fortsetzung der begonnenen Bedarfserhebung könnten Befragungen an öffentlichen und stark frequentierten Plätzen zur Anwendung kommen, die ebenfalls eine vergleichsweise niedrige Beteiligungsschwelle aufweisen. Auch Stadtteilbegehungen eignen sich – für einen bestimmten Personenkreis - zur Bedarfserhebung und zur Identifikation sozialräumlicher Qualitäten. Mit diesem Instrument wurden im Kontext des Programms Soziale Stadt vielfach positive Erfahrungen gemacht. Die Beteiligung ist hier im Vergleich zu anderen kommunikativen Beteiligungsangeboten mit einer Komm-Struktur ebenfalls – aufgrund einer stärkeren Unverbindlichkeit - eher niedrigschwellig.

Als Herausforderung für Altenhilfe und Pflege wurde verschiedentlich benannt, dass ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nur wenig in Versorgungsstrukturen eingebunden sind und Angebote der Gemeinwesenarbeit vergleichsweise wenig nutzen. Dies entspricht weitgehend den Erfahrungen und Forschungsergebnisse aus anderen Städten und Regionen. Im Ergebnis kommen diese Erhebungen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass ältere MigrantInnen Angebote der Versorgung und der offenen Altenhilfe sowie finanzielle Unterstützungsleistungen weniger kennen und nutzen. Viele erwarten, von ihren Angehörigen unterstützt zu werden, das Bild der im sozialen Nahraum von Angehörigen versorgten Älteren stimmt aber zunehmend weniger mit der Realität überein.

In der Stadt Göttingen wird mit dem seit 2010 gestarteten MiMi-Gesundheitsprojekt ein Ansatz zur Verbesserung der Informationslage unter MigrantInnen über bestehende Angebote erfolgreich umgesetzt. Die Stadt Göttingen hat zudem im Themenfeld Migration und Pflege verschiedene Aktivitäten entfaltet. Unter anderem wurde eine Befragung unter Göttinger Pflegeeinrichtungen sowie am 1.12.2011 ein Hearing zu diesem Thema unter Beteiligung von Akteuren aus Altenhilfe und Pflege durchgeführt.

Ausgeweitete Aktivitäten der Vernetzung und Fortsetzung des angestoßenenen Prozesses

Der mit der Workshopreihe angestoßene Prozess könnte für das gesamte Stadtgebiet fortgeführt werden. Dabei handelt es sich v.a. um einen angestoßenen Prozess des Austauschs und der Vernetzung. Hier erwies sich insbesondere die Einbindung vieler Akteure für die Umsetzung der Maßnahmen als wesentlicher Aspekt. (zur Bedeutung der Akteursvielfalt für die Umsetzung altersgerechter integrierter Konzepte in Kommunen vgl. Bombach et al. S. 31) So zeigt sich der besondere Mehrwert der durchgeführten Maßnahmen im Zusammenbringen und im Austausch zwischen den „klassischen“ Akteuren der Altenarbeit und der Pflege, die oftmals im gesamten Stadtgebiet tätig sind, einerseits und den stärker stadtteilorientierten Akteuren. Einen solchen Prozess von Seiten der Stadt weiterhin zu unterstützen, ist auch in Zukunft sinnvoll, um eine bessere dezentrale Verankerung vorhandener Strukturen und Angebote zu fördern, Informationen über Hilfen vor Ort zu verankern und zum anderen die weitere Ausgestaltung und den Ausbau seniorenbezogener Infrastruktur bedarfsangemessen und lokal angepasst zu gestalten. Das gewählte und erprobte Format hat sich über die Bestandsaufnahme hinaus als sinnvolles Format und gute Praxis bewährt und sollte auch auf andere Stadtteile übertragen werden.

Die bislang unternommenen Anstrengungen waren auf vier Stadtteile beschränkt. Die Ausweitung der Perspektive auf das gesamte Stadtgebiet steht noch aus. Hier sind insbesondere Stadtteile in den Blick zu nehmen, die noch einen weit höheren Anteil älterer Menschen und in noch geringerem Maße eine für alle BewohnerInnen wohnortnahe Versorgungsstruktur aufweisen. (z.B. Geismar, östliche Bezirke Trift, Tegeler Weg, Sandersbeek mit bis zu 37 % über 65-jährigen)

Über die Förderung einer akteursübergreifenden Vernetzung in den Stadtteilen hinaus sollten verstärkt Anstrengungen unternommen, um auch eine stadtweite Vernetzung und einen Austausch von Akteuren der stadtteilbezogenen Gemeinwesenarbeit im Hinblick auf die Zielgruppe älterer Menschen zu initiieren. Die Stadtteile – dies wurde in den Workshops überdeutlich – machen ganz unterschiedliche Erfahrungen. Diese wechselseitig nutzbar zu machen ist ein vielversprechender Ansatz für die Weiterentwicklung der altersbezogenen Stadtteilarbeit. Zudem sind nicht alle Bedarfe und Maßnahmen auf Stadtteilebene sinnvoll umsetzbar. Vieles muss und kann auch auf gesamtstädtischer Ebene angegangen werden. Auch hierfür ist eine Vernetzung von Akteuren aus verschiedenen Stadtteilen erforderlich.

Es zeigte sich sowohl in den Stadtteilworkshops als auch in den Äußerungen der Teilnehmenden der Abschlussveranstaltung, dass die Stadt Göttingen auf starkes Interesse und Ressourcen einer Vielzahl und Vielfalt von Akteuren aus dem Bereich der Gemeinwesenarbeit und dem Bereich seniorenbezogener Arbeit zurückgreifen kann. Dieses Potential gilt es in Zukunft durch die Schaffung von Rahmenbedingungen für Vernetzung und Austausch sowie eine gezielte Einbindung in politische Planungsprozesse verstärkt zu nutzen.

Fazit im Hinblick auf die Gestaltung von Anlaufstellen in den Quartieren

„Selbstständig älter werden im Quartier“ wollen ältere Menschen in allen hier untersuchten Stadtteilen in gleichem Maße. Um dies zu unterstützen sind koordinierte Maßnahmen im Bereich Bauen / Wohnen, Pflege / Gesundheit, lokale Grundversorgung, Lebensgestaltung /soziale Bezüge und Mobilität sowie eine abgestimmte Konzeption der Ziele und Aktivitäten in diesen Bereichen auf Stadtteilebene und auf gesamtstädtischer Ebene erforderlich.

Ein wesentliches Element dabei ist der Aufbau bzw. die Weiterentwicklung von „Ankerpunkten“ in den Stadtteilen, von Anlaufstellen insbesondere für ältere Menschen. Quartiersbezogene Seniorenarbeit braucht „Ermöglichungsstrukturen“, diese sind auf ganz konkrete Räume mit einer entsprechenden Infrastruktur angewiesen.

Solche Orte ermöglichen und fördern niedrigschwellige Begegnung sowie vielfältige Angebote in den Bereichen Freizeit, Bildung, Information, Beratung und Unterstützung; hier kann Partizipation realisiert werden, können stadtteilübergreifende Angebote in den Stadtteil „ankern“ und wirken, können stadtteilbezogene sowie stadtübergreifende Vernetzungsaktivitäten erfolgen. Zugleich können hier Bedarfe und Anliegen formuliert bzw. sichtbar werden und wichtige Ansatzpunkte für bedarfsorientierte planerische Aktivitäten bieten.

Die Stadt Göttingen hat in den vergangenen Jahren in den Stadtteilen Grone Süd, Leineberg und in der Weststadt bereits den Aufbau solcher Anlaufstellen für alle Generationen unterstützt und gefördert. Auf dem Holtenser Berg fehlt eine solche Anlaufstelle noch. Sie wird von den Fachleuten aus dem Stadtteil für notwendig erachtet als Kristallisations- und Ausgangspunkt auch für eine altersbezogene Quartiersentwicklung. Die Stadt Göttingen teilt dieses Anliegen und will den Aufbau einer entsprechenden Anlaufstelle auf dem Holtenser Berg unterstützen. Positive Ansätze aus den Anlaufstellen in den anderen Stadtteilen sollten sich dort wiederfinden. Hierzu zählt insbesondere die Ansprache älterer Menschen als Zielgruppe und die Einbindung altersbezogener Anliegen und Angebote im Rahmen eines insgesamt generationenübergreifenden Ansatzes. Weiterhin hat sich gezeigt, dass eine niedrigschwellige Gestaltung durch Angebote der Begegnung und Freizeitaktivitäten Zugänge zu Beratung und Unterstützung erleichtert.

Zugleich ist die Arbeit der bestehenden Stadtteilzentren weiterhin zu fördern und ihre weitere Entwicklung im Sinne einer Anlaufstelle für ältere Menschen zu unterstützen. Das im Rahmen des Projekts erfolgreiche Format der Förderung der gegenseitigen Information und Vernetzung von Akteuren der Stadtteilarbeit einerseits, der Altenhilfe und Pflege andererseits sollte fortgesetzt werden.

Literatur

Alheit, P. (2010). Perspektiven „neuer Nachbarschaft“ im Göttinger Stadtteil Leineberg. Pädagogisches Seminar, Göttingen

Alish, M. & May, M. (2013): Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migranten. Aus: APuZ 4-5, 2013, S. 40-45

BBSR/BMVBS (2009): Leitfaden zum Einsatz von Rechtsinstrumenten beim Umgang mit verwaorosten Immobilien: Download unter http://www.bbr.bund.de/nn_335560/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/WP/2009/H65.html [27.10.2014]

Birsl, U. (2002). Sozialstrukturanalyse für den Wohnungsbestand der städtischen Wohnungsbau GmbH, Zentrum für Europa- und Nordamerika Studien, Universität Göttingen

BMVBS (2010): Mehrfachverkäufe von Mietwohnungsbeständen: Download unter <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Forschungen/2010/Heft146.htm> [27.10.2014]

Bombach, S. Brinkkötter, Jan H., Eltert, P., Hammoud, Z. & Schuppe, G. (2013). Leitfaden zur Erstellung altersgerechter integrierter Konzepte in Kommunen. Berlin

Hafen City Universität (2009). Wohnquartier Göttingen – Leineberg. Fallstudie. Refina-Forschungsprojekt „Nachfrageorientiertes Nutzungszyklusmanagement“. Hamburg

Klatt, J. & Walter, F. (HG) (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld

Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin (2013): Handlungsempfehlungen für die Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe: Download unter: <http://www.kompetenzzentrum-altenhilfe.de/index.php/2011-05-02-12-33-12>

Kotlenga, S. & Müller, D. (2013): Widerstand gegen unwürdige Wohnbedingungen braucht Unterstützung. Die schwierige Rolle professioneller Stadtteilarbeit. In: Sozial Extra. Zeitschrift für Soziale Arbeit 1/2 2013, S. 9-13

LAG soziale Brennpunkte/ Zoom e.V. (2011): Projekt Akzent. Investmentfonds/ Anlagegesellschaften als Vermieter. Protokoll Austauschtreffen: Download unter <http://www.akzent-setzen.de/vernachlaessigung-von-wohnungsbestaenden.html>

Regionalverband Südniedersachsen e.V. 2005: Projektergebnisbericht Generationen-Netzwerk Südniedersachsen - Modellplanung zur generationsübergreifenden Infrastrukturentwicklung. Göttingen

Rüßler, H. & Stiel, J. (2014): Im Quartier selbstbestimmt älter werden: Partizipation, Lebensqualität und Sozialraumbezug: Download unter <http://www.sozialraum.de/im-quartier-selbstbestimmtaelter-werden.php> [15.9.2014]

Stadt Göttingen (2008). Lebensphase Alter in Göttingen. Allgemeiner Bestands- und Bedarfsbericht, Göttingen

Stadt Göttingen (2013). Betreutes Wohnen in Göttingen. Informationsbroschüre der Seniorenberatung und des Pflegestützpunkts der Stadt Göttingen: Verfügbar unter www.goettingen.de

Städtische Wohnungsbau Göttingen GmbH (2009). Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen: Wettbewerbsbeitrag der Städtischen Wohnungsbau Göttingen GmbH. Sanieren für die Zukunft. Leineberg Göttingen

VSOP – Verein für Sozialplanung (2009). Kommunale Gestaltung der Altenhilfe und der Pflege. Ein Steuerungskonzept für kommunale Altenhilfe- und Pflegestrategien: Download unter http://www.vsop.de/files/FG_AH_2009_Diskussionspapier_Altenhilfe.pdf [26.10.2014]

Herausgeber: Der Oberbürgermeister der Stadt Göttingen
Ausarbeitung: Sandra Kotlenga · Zoom Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V.
Barbara Nägele · Zoom Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V.
Mitarbeit: Dr. Dagmar Schlapheit-Beck · Dezernat für Kultur und Soziales
Mirko Hönig · Fachbereich Soziales
Renate Kornhardt · Fachbereich Soziales
Gestaltung: Werbeagentur Schallenberg, Göttingen
Druck: Klartext GmbH Göttingen

0.5/1/2015

